

lehrer nrw

Verband für den Sekundarbereich

Bildungspolitik in den Bundesländern:

Ein gigantisches Versuchslabor

Päd. Hochschule Verlag · Graf-Adolf-Straße 84 · 40210 Düsseldorf · Foto: MEV

3

Aufgespießt

Konsens ist nicht
gleich Konsens

4

Im Brennpunkt

Niedersachsens
Oberschule –
Modell für NRW?

13

Dossier

Jedem Kind
gerecht werden

17

Schule & Politik

Lernstands-
erhebungen 2011:
Die Bilanz

lehrer nrw – G 1781 –
erscheint sieben Mal jährlich
als Zeitschrift des
'lehrer nrw' – Verband für
den Sekundarbereich

Der Bezugspreis ist für
Mitglieder des *'lehrer nrw'*
im Mitgliedsbeitrag enthal-
ten. Preis für Nichtmitglieder
im Jahresabonnement:
€ 35,- inklusive Porto

Herausgeber und Geschäftsstelle

lehrer nrw
Nordrhein-Westfalen,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf,
Tel.: 02 11 / 1 64 09 71,
Fax: 02 11 / 1 64 09 72,
Web: www.lehrernrw.de

Redaktion

Brigitte Balbach,
Heribert Brabeck, Ulrich
Brambach, Frank Görgens,
Michael König, Jochen
Smets, Düsseldorf

Verlag und Anzeigenverwaltung

PÄDAGOGIK &
HOCHSCHUL VERLAG –
dphv-verlags-
gesellschaft mbh,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf,
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04,
Fax: 02 11 / 3 55 80 95
Zur Zeit gültig:
Anzeigenpreisliste Nr. 11
vom 1. Oktober 2010

Zuschriften und Manuskripte nur an

lehrer nrw,
Zeitschriftenredaktion,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf

Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Ge-
währ übernommen werden.
Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben die Meinung
ihrer Verfasser wieder.



Foto: fotolia

Sieben Forderungen an das Schulsystem

Seite 20



AUFGESPIESST

Brigitte Balbach: Konsens ist
nicht gleich Konsens

3

IM BRENNPUNKT

Ulrich Brambach: Niedersachsens
Oberschule – Modell
für Nordrhein-Westfalen?

4

SENIOREN

Kultur und Geschichte in Dortmund
Mähdrescher und Klostermauern
Töle für Hielscher

6

6

6

MAGAZIN

CDU hat bildungspolitischen
Kompass wiedergefunden
Österreich: Jugendliche sehen
Gesamtschule kritisch
Stolperchancen II
Berufschancen jenseits
von Rollenklischees

8

8

9

9

TITEL

Jochen Smets: Wider
die Bildungshysterie
Personalratswahlen:
»Sie sind *lehrer nrw* vor Ort!«
Frank Görgens: Mit Volldampf
in den Wahlkampf

10

11

12

DOSSIER

Jedem Kind gerecht werden

13



SCHULE & POLITIK

Frank Görgens: Lernstands-
erhebungen 2011: Die Bilanz
dbb-tarifunion:
Komplizierter Balanceakt
Ulrich Gräler: Kommentar:
Thema verfehlt
Zwiespältiges Verhandlungsergebnis
bei den Tarifverhandlungen
Frank Görgens: Sieben
Forderungen an das Schulsystem
Heribert Brabeck: Vogelhäuschen
und Fotodrucke

17

18

19

20

22

ANGESPITZT

Jochen Smets: Rücksicht auf
Muslime, Christen und Karnevalisten
Und sie bewegt sich doch!

23

23

MUNDGERECHT

Michael König:
– Lehrkräfte müssen Klassen-
fahrten nicht selbst bezahlen
– Drogen – (K)ein Problem
an Schulen?

24

25

ÜBER DEN TELLERRAND

Sachsens Lehrerausbildung:
Neustart?
Inklusion: Skepsis in der Schweiz
»Qualität der Realschulbildung
im Saarland erhalten!«

26

26

26

HIRNJOGGING

Jutta May:
Kreuzworträtsel & Sudoku

27

Konsens ist nicht gleich Konsens



von BRIGITTE BALBACH

Der **Konsens** (Betonung auf den zweiten Silbe; lat. consentire = übereinstimmen) bedeutet die Übereinstimmung von Menschen – meist innerhalb einer Gruppe – hinsichtlich einer gewissen Thematik ohne verdeckten oder offenen Widerspruch.

Das Gegenteil des Konsenses ist der Dissens.

Konsens in der politischen Theorie

In der politischen Theorie ist der Konsens zentrales Thema der Identitätstheorie, d.h. einer Vorstellung, die Dissens und Vielfalt in einer Gesellschaft als störend beschreiben. Solche Vorstellungen finden sich unter anderem bei Platon, Jean-Jacques Rousseau, Karl Marx oder Carl Schmitt. Demgegenüber steht die Pluralismustheorie (zum Beispiel Ernst Fraenkel, Hannah Arendt) mit ihren Vorläufern von Aristoteles über John Locke bis hin zum Beispiel zu Immanuel Kant. Mit der Gefahr des Missbrauchs des Konsensverfahrens zur politischen Manipulation hat sich insbesondere Karl Popper auseinandergesetzt. Max Scheler sieht Gefühlsansteckung (unbewusst wirkende Übertragung von Sinn- und Wissensinhalten) als Ursache für die Entstehung eines Konsenses.

Aus: Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Wir leben in desillusionierenden Zeiten: Ein Held tritt ernüchtert ab (zu Guttenberg). Eine Vision erweist sich als Illusion (Gesamtschule als Einheitsschule).

Ein Konsens ist kein Konsens mehr.

Das Problem in Nordrhein-Westfalen ist zurzeit nicht die sich täglich beschleunigende Veränderung der Schullandschaft, das relativ abrupte Verschwinden der Schulform Hauptschule, die aktuelle Bedrohung von bisher starken und gut funktionierenden Realschulen, sondern es ist die Art und Weise, mit der die Beseitigung des bisherigen vielgliedrigen Schulsystems seitens der rot-grünen Landesregierung vorangetrieben wird. Denn sie betreibt die Umsetzung ihrer alten Ideologie einer Einheitsschule nicht etwa offen und im Dissens mit Vertretern des gegliederten Schulsystems, sondern lädt diese an einen runden Tisch, zu einer Bildungskonferenz ein, um einen Konsens zu finden. Und alle folgten – zunächst.

» Hinhaltenaktik

Und während (fast) alle hochrangigen Vertreter von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden um einen solchen Konsens ringen, tritt dieselbe Landesregierung vor die Presse und erläutert die bereits festgezurrten Eckdaten für die Errichtung des Modellversuchs Gemeinschaftsschule – so ganz ohne Konsens. Der lässt derweil auf sich warten und

zieht sich über Monate hinweg ebenfalls durch die Presse. Das ist geschickt – denn solange ein Konsens gesucht wird, zeigt sich die Landesregierung offen und kompromissbereit in der Öffentlichkeit. Allerdings ist sie es de facto nicht. Das nenne ich eine saubere Hinhaltenaktik!

Und wer von Ihnen an betroffenen Schulen arbeitet oder in der Kommune aktiv ist, weiß, wie dort vorgegangen wird. So erzählte ein Kollege auf unserem Vertrauenslehrertag am 31. März, dass – wie in anderen Kommunen auch – die Anmeldungen für Gemeinschaftsschulen den anderen Schulformanmeldungen vorgezogen worden waren. Die Begründung seitens des Projektleiters aus dem MSW ging im allgemeinen wissenden Gelächter unter. Darüber hinaus trug der Kollege vor, dass die Fragebögen für Eltern kaum eine Wahl ließen, die Gemeinschaftsschule auszuschließen; die Antwort des Vertreters des Schulministeriums blieb im Dementi stecken – man glaubte ihm nicht, man wusste es ja besser. Viele wissen auch, dass die Prognosezahlen in einigen Kommunen geschönt sind – das Ziel bestimmt sie – nicht die Analyse.

Und so könnte ich diese Aufzählung vor dem Hintergrund unserer Tagung weiter fortsetzen: Es handelt sich jeweils um Bevorzugung der Gemeinschaftsschulen gegenüber Schulen des bisherigen gegliederten Schulsystems durch Zuteilung besonderer Ressourcen, durch personelle und bauliche bessere Rahmenbedingungen, durch Beeinflussung des Elternwillens (Letzteres durch Abschaffung der Grundschulvoten beim Übergang in weiterführende Schulen), durch Versprechungen für die Kommunen (jedem Ort sein Gymnasium) und durch Suggestieren, dass nur der in der Welt etwas gilt, der Abitur macht.

» Ideologie der Gleichmacherei

Es geht der Landesregierung keineswegs um die Förderung aller Kinder, sondern nur und in erster Linie um die Förderung sozial benachteiligter Kinder aus sogenannten bildungsfernen Schichten. Diese Argumentation, dass nämlich Schule wettmachen soll, quasi als Wiedergutmachung, was Elternhäuser gesellschaftlich verwehrt bleibt, dies zeigt deutlich die Zielgerichtetheit der gewählten Vorgehensweise: Die Ideologie der Gleichmacherei bedient hier den Neid in der Gesellschaft!



Das ist das Ende jeder Konsensfindung! Denn es kann sich nur um einen Konsens handeln, der kein einheitliches Ziel hat – bestenfalls das Gute für die Schule in Nordrhein-Westfalen – nichts jedoch, was mit Schulstruktur im eigentlichen Sinn zu tun hat. Denn jedes Gespräch endet da, wo die Ideologie beginnt – zwangsläufig. Und nur derjenige kann zu einer ausgewogenen Übereinstimmung mit unterschiedlich gesinnten Personen kommen, der offen in dieses Gespräch hineingeht, um kompromissfähig zu sein und zu bleiben. Ist diese Vorbedingung nicht erfüllt, kann es höchstens zum Schein-Konsens kommen oder zu einem faulen Kompromiss, indem die Gruppe ein gemeinsames Ziel aus den Augen verloren hat und persönliche Ziele an die Stelle gesetzt werden.

» Der gefürchtete Kompromiss

lehrer nrw hat die Bildungskonferenz zu dem Zeitpunkt verlassen, als zeitgleich die Presseerklärung des Ministeriums zu Gemeinschaftsschulen herauskam. Warum darüber reden, wenn bereits öffentlich alles gesagt ist!? Allerdings verschließt sich der Verband keineswegs dem Gespräch – nur sucht die Landesregierung dies zurzeit sehr selten. Auf Augenhöhe zu verhandeln, das will man offenbar nicht. Es setzt auch voraus, dass man kompromissfähig ist. Wir in *lehrer nrw* sind das durchaus, sonst hätten wir unseren Namen nicht vor der Wahl schon geändert.

Es bleibt das Misstrauen, dass die andere Seite den Kompromiss wohl eher fürchtet.

Es bleibt bei meinem Eindruck, den ich schon beim Thema 'Maulkorb' kundgetan habe: Ein immer stärker werdendes Misstrauen macht sich in meiner Umgebung breit, ob denn der vom MSW publizierte Stil der Offenheit für Anderes und Andere und der Stil der klaren und transparenten Vorgehensweise einer Überprüfung standhält.

Es sieht für mich und viele Mitglieder unseres Verbandes mittlerweile leider keineswegs so aus. Ein Beweis steht noch aus – wir warten ab.



Brigitte Balbach ist Vorsitzende des
lehrer nrw – Verband für den Sekundarbereich
E-Mail: info@lehrernrw.de

Niedersachsens Obe Modell für Nordrhein-

Die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland ist ein wichtiger Faktor, um den unterschiedlichen Lebensverhältnissen in den einzelnen Bundesländern Rechnung tragen zu können. Ob allerdings nach jeder Landtagswahl die alte Schulstruktur in Frage gestellt und dann neu geregelt werden muss, darf bezweifelt werden. Auch, ob es überhaupt notwendig und sinnvoll ist, in jedem Bundesland nach unterschiedlichen Stundentafeln, Curricula und Schulbüchern zu unterrichten, muss mit Recht hinterfragt werden dürfen.



von ULRICH BRAMBACH

» Föderale Experimentier-Orgie

Die Politiker in den Bundesländern haben es mittlerweile auf die Spitze getrieben. Es gibt wohl zurzeit kaum Jemanden, der auf Anhieb die verschiedenen Schulformen der einzelnen Bundesländer nennen, ihre mannigfachen Profile bestimmen und ihre Andersartigkeiten gegeneinander abgrenzen kann. Dass Schule einzig für Kinder und Jugendliche gemacht ist, interessiert die politisch Verantwortlichen offensichtlich nicht. Sie experimentieren auf 'Teufel komm raus' – der Gültigkeitswert der Schulgesetze verkürzt sich von Mal zu Mal, so dass auch die Eltern große Schwierigkeiten haben, den Durchblick zu behalten, um ihre Kinder richtig zu beraten.

Niedersachsen hat nun die Oberschule als neue Schulform kreiert. Darin werden Haupt- und Realschulen zusammengefasst mit der Option, einen Gymnasialzweig zu führen. Die Kommunen haben so die Möglichkeit, bei zurückgehenden Schülerzahlen anstelle eines dreigliedrigen Angebots nur noch ein zweigliedriges vorhalten zu müssen. Dieses neue Schulangebot soll die bestehenden Gesamtschulen nicht ersetzen, vielmehr müssen Kommunen mit Gesamtschulen auch in erreichbarer Nähe diese neue Zweigliedrig-

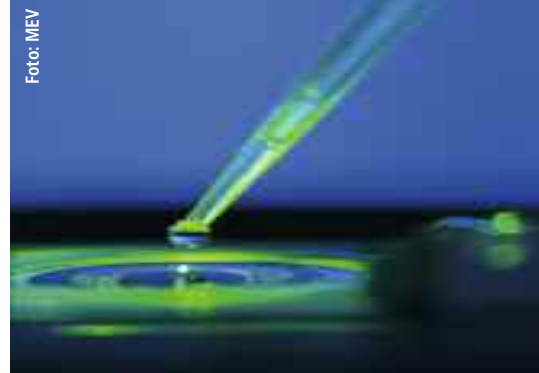
keit (Gymnasium und Oberschule) vorhalten. Städte und Gemeinden werden nicht gezwungen, Haupt- und Realschulen zusammenzulegen. Wenn sie sich allerdings für die Oberschule entscheiden, erfolgt diese Umwandlung schrittweise – beginnend mit dem 5. Jahrgang – und dauert somit fünf Jahre.

» Umstrittene Reform

Der Verabschiedung des Gesetzes im Landtag waren Auseinandersetzungen nicht nur mit der Opposition, sondern auch innerhalb der schwarz-gelben Koalition vorausgegangen. Ministerpräsident David McAllister (CDU) hatte nach seiner Wahl einen Konsens in der Schulfrage angestrebt. Dazu hatte der Kultusminister Althusmann, der in diesem Jahr die KMK-Präsidentschaft übernommen hat, einen Schulgesetzentwurf vorgelegt, der für die geplanten Oberschulen bei Dreizügigkeit auch eine Oberstufe vorsah, die nach drei Jahren mit dem Abitur abschließt. Die Koaliti-

Bildungspolitik in den Bundesländern gleicht derzeit einem gigantischen Versuchslabor. Besonders nach Wahlen wird an den Schulen 'auf Teufel komm raus' reformiert, experimentiert und operiert.

Foto: MEV



rschule – Westfalen?

onsfraktionen kippten diese Möglichkeit, nach dreizehn Jahren grundsätzlich an den Oberschulen auch das Abitur als Abschluss zu erlangen. Der Gymnasialzweig endet nunmehr mit dem 10. Jahrgang. Dadurch und wegen der hohen Hürden zur Gründung von Gesamtschulen kam es nicht zur Einvernehmlichkeit. Im Gegenteil: Wie schon oben angedeutet, haben die Oppositionsparteien bereits angekündigt, nach der nächsten Landtagswahl – falls sie 2013 eine Mehrheit erhalten – die Reform wieder zu kippen.

Wer legt eigentlich diesen Politikern das Handwerk, die einzig ihrer Ideologie folgend, Schulformen einrichten oder abschaffen, ohne je das Ende eines Schulversuchs abzuwarten, geschweige denn eine valide Evaluation zur Grundlage der weiteren Entscheidungen zu machen?

» Interessanter Ansatz

Aus nordrhein-westfälischer Sicht ist der Ansatz einer Oberschule, die Haupt- und Realschule zusammenlegt, durch äußere Differenzierung nach Bildungsgängen strukturiert ist und neben einem Gymnasialzweig eine gymnasiale Oberstufe als Regel hat (da, wo es nötig ist!) zu begrüßen. Es versteht sich von selbst, dass dabei sowohl die Lehrerbildung für diese neue Schulform der gymnasialen Lehrerbildung gleichwertig sein muss, ebenso die Rahmenbedingungen, was Klassengröße, Pflichtstundenzahl, Schüler-Lehrer-Relation betrifft; außerdem ist ein Versuchszuschlag unabdingbar.

lehrer nrw hatte schon vor Jahren auf die Probleme der Schulen in Folge der zurückgehenden Schülerzahlen hingewiesen und mit dem Brenner-Gutachten Lösungen angeboten, wahrlich visionär!

Allein, was gilt der Prophet im eigenen Land?



Ulrich Brambach ist Schatzmeister des
lehrer nrw – Verband für den Sekundarbereich
E-Mail: info@lehrernrw.de

Profitieren Sie von Ihrem Berufsstand!

Senken Sie Ihre Belastung!

Beste Konditionen für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker!

Top-Konditionen
für private Anschaffungen, als Entschuldungsprogramm,
zum Kontenausgleich.
Schnelle und unkomplizierte Abwicklung bei Laufzeiten zwischen 12 und 20 Jahren.

bis 80.000,- € möglich

BWS

Alfred Jaeger
Hermann-Loes-Weg 12
51562 Reichshaus

Tel.: 022 96/908338
Fax: 022 96/908940
E-Mail: alfred.jaeger@bws-aktiva.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenlos an oder besuchen Sie unsere Website.

Top-Finanz.de · Nulltarif · 0800-33 10 332
Andreas Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46345 Borken

Werben bringt **ERFOLG!**
Anzeigenannahme unter
02 11 / 355 81 04

Der Spezialist für Klassenfahrten

ENGLAND

S-E-T **s-e-t.de**
Tel: 0421-308820

15 Mio

Füttern verboten?

15 Mio. Euro werden in Deutschland in jedem Winter für die Fütterung der Vögel ausgegeben. Für nur 2,20 Euro in Bismarckswald bekommen Sie mit uns einen Halbgans, in dem Sie erfahren, wie Sie den Vögeln wirklich helfen.

OBUND

An alle Lehrer, Schulsehörer und Kulturbegleiter in NRW!

Informieren Sie sich im Internet unter www.srd-reisen.de über unsere Vielzahl an Reisen oder rufen Sie uns auch gerne an!

Reisebeispiele:

• Tibet Rundreise	am 02.08.-12.08.11	für € 2.594,-	p. P. im DZ inkl. HP und Flug ab Frankfurt
• Dresden Städtereise	am 04.08.-08.08.11	für € 334,-	p. P. im DZ inkl. Frühstück und Flug ab Köln/Bonn
• China Rundreise	am 23.08.-03.09.11	für € 1.956,-	p. P. im DZ inkl. VP und Flug ab Frankfurt
• Rom Städtereise	am 28.08.-01.09.11	für € 399,-	p. P. im DZ inkl. Frühstück und Flug ab Köln/Bonn
• Barcelona Städtereise	am 23.10.-27.10.11	für € 446,-	p. P. im DZ inkl. Frühstück und Flug ab Köln/Bonn
• Budapest Städtereise	am 23.10.-27.10.11	für € 348,-	p. P. im DZ inkl. Frühstück und Flug ab Köln/Bonn

SRD REISEDienst

71634 Ludwigsburg | Moltkestraße 19 | Tel.: 071 41 / 97 10 00 | Fax: 071 41 / 97 10 099 oder
51645 Gummersbach | Grünstraße 18 | Tel.: 022 62 / 71 71 00 | Fax: 022 62 / 71 71 020
E-Mail: info@srd-reisen.de | www.srd-reisen.de



Beklemmend und bewegend war die Besichtigung der NS-Mahn- und Gedenkstätte 'Steinwache'.

Kultur und Geschichte in Dortmund

Widersprüchlicher konnten die Themen nicht sein, mit denen sich am 24. März achtzehn *lehrer nrw*-Senioren auseinandergesetzt haben. So führte sie ihr Besuch der 'Bierstadt' Dortmund zunächst in die NS-Mahn- und Gedenkstätte 'Steinwache', die während des Dritten Reichs insbesondere für demokratisch denkende und handelnde Menschen ein gefürchtetes Polizeigefängnis war. In ihm waren in der Zeit von 1933 bis 1945 mehr als 65.000 Menschen inhaftiert. Viele von ihnen mussten dort durch Folterungen, Haft in einer engen Stehzelle und Unterbringung in überfüllten Zellen schreckliche Qualen erleiden.

Heute beherbergt diese Mahn- und Gedenkstätte die Ausstellung 'Widerstand und Verfolgung in Dortmund von 1933 bis 1945'. Ergriffen von den geschilderten Verhörmethode, Folterungen und Inhaftierungszuständen verließen die Besucher diese wichtige, zeithistorische Gedenkstätte.

Nach der Mittagspause stand dann der Besuch des neuen Zentrums für Kunst und Kreativität, das 'Dortmunder U', auf dem Programm. Das weithin sichtbare 'Dortmunder U' diente bis zur Schließung der Union Brauerei als Gär- und Lagerhochhaus. Es steht heute unter Denkmalschutz und wird nach seinem endgültigen Ausbau zahlreiche Ausstellungen beherbergen. **Manfred Berretz**



Foto: Claas

Abwechslungsreiches Besuchsprogramm

Vom Landmaschinenhersteller Claas ... ▲

... geht es zum Kloster Marienfeld. ►

Mähdrescher und Klostermauern

Für alle *lehrer nrw*-Pensionäre plant der Ausschuss Senioren einen sehr interessanten Besichtigungstag im Westfälischen Ort Harsewinkel.

Am 6. Juni steht zunächst ein Besuch bei der weltweit agierenden Landmaschinenfabrik Claas auf dem Programm und am Nachmittag eine Besichtigung des Zisterzienserklosters Marienfeld. Treffpunkt ist um 10:15 Uhr bei der Landmaschinenfabrik Claas, Eingang Technoparc, Tor 1, Münsterstraße 33 in 33428 Harsewinkel.

Am Vormittag wird die *lehrer nrw*-Gruppe durch das Stammwerk der Landmaschinenfabrik Claas in Harsewinkel geführt. Sie beschäftigt derzeit in vierzehn in- und ausländischen Werken mehr als 9.000 Mitarbeiter und hat im letzten Geschäftsjahr 2,475 Milliarden Euro Umsatz



erwirtschaftet. In der Claas-Kantine gibt es anschließend ein Mittagessen (acht Euro).

Gegen 14:30 Uhr geht es mit den Privatwagen zum etwa fünf Kilometer entfernt liegenden ehemaligen Kloster Marienfeld. Nach der Besichtigung dieser Anlage endet der Tag in gemütlicher Runde beim gemeinsamen Kaffeetrinken im Cafe der 'Klosterpforte'.

INFO/ANMELDUNG

... bis zum 1. Juni 2011 an
Konrad Dahlmann
Eichenweg 34
48161 Münster
Tel.: 0 25 34 / 3 47
(bitte auch Anrufbeantworter benutzen)
E-Mail: dahlmann@muenster.de



Töle für Hielscher

Im Bezirk Detmold hat Susanne Hielscher aus persönlichen Gründen ihre Arbeit im Ausschuss Pensionä-

re abgegeben. Wir danken ihr für ihre bisherige Hilfe im Ausschuss. Bezirksvertreter Heinz Wilfert hat Gertrud

Töle (Bild) als Nachfolgerin benannt, so dass jeder Bezirk im Ausschuss wieder vertreten ist.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst.

DBV

Im Schuldienst geben Sie täglich alles und zeigen dabei immer vollen Einsatz. Gut, dass es jemanden gibt, der auch alles für Sie gibt; die DBV Deutsche Beamtenversicherung. Der Versicherungsspezialist im Öffentlichen Dienst, der exklusiv nur für Sie da ist. Und das schon seit 140 Jahren. Kommen Sie zu Ihrem persönlichen Betreuer ganz in Ihrer Nähe und lassen Sie sich in einer der über 4000 AXA Agenturen beraten. Wir freuen uns auf Sie. Mehr Informationen erhalten Sie unter www.DBV.de oder unter Telefon 0 180 3 - 00 57 57*.

* 9 Cent aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk maximal 42 Cent, jeweils je angelegter Minute.

Empfohlen vom



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah



Ein Unternehmen der AXA Gruppe

CDU hat bildungspolitischen Kompass wiedergefunden

Nach intensiver innerparteilicher Diskussion hat die CDU auf einem Landesparteitag in Siegen am 12. März ein neues bildungspolitisches Programm verabschiedet. Darin greift die CDU an mehreren Stellen Forderungen und Anregungen von *lehrer nrw* auf. »Die CDU hat in der Bildungspolitik ihren roten Faden wiedergefunden.« So kommentierte Brigitte Balbach, Vorsitzende von *lehrer nrw*, in einer Pressemitteilung das Ergebnis des Parteitages. Der mit verschiedenen wichtigen Änderungen und Präzisierungen verabschiedete Leitantrag ist aus Sicht von *lehrer nrw* ein echter Kompass für die kommenden bildungspolitischen Auseinandersetzungen.

So bekennt sich die CDU zu einem vielfältigen Schulsystem und setzt ausdrücklich auf äußere Differenzierung und den Erhalt von Bildungsgängen. Erfreulich ist für *lehrer nrw* insbesondere, dass die CDU eindeutig Position für die Realschulen bezieht, die nach dem beschlossenen Leitantrag auch bei zurückgehenden Schülerzahlen in zumutbarer Entfernung erhalten werden müssen. Auch die Anerkennung für die Hauptschulen ist ein wichtiges Signal.

Jenseits von Schulstrukturfragen begrüßt *lehrer nrw* insbesondere die hohe Wertschätzung für die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer in Nordrhein-Westfalen, die aus



Foto: MEY

dem Papier spricht. So wird das Engagement der Lehrkräfte bei der Reduzierung des Unterrichtsausfalls deziert gewürdigt. Die CDU betont die Gleichberechtigung der Lehrämter und anerkennt auch, dass das eine 'gerechte Bezahlung' erfordert, die sich im Dienstrecht niederschlagen muss. Darüber hinaus macht die CDU Nägel mit Köpfen

INFO

Eine Dokumentation des neuen CDU-Bildungsprogramms finden Sie in dieser Ausgabe auf den Seiten 13 bis 16.

Die CDU hat in der Schulpolitik einen großen Schritt in Richtung Zukunft gemacht. Das neue Programm ist ein Kompass für kommende politische Auseinandersetzungen.

hinsichtlich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Lehrerinnen und Lehrer. Dies betrifft vor allem die Absicht, kleinere Klassen zu schaffen und die Schulen besser mit Schulsozialarbeitern sowie

Schulpsychologen auszustatten, damit die Lehrkräfte sich ihren originären Aufgaben stärker widmen können.

Österreich:

Jugendliche sehen Gesamtschule kritisch

In der Diskussion um eine Gesamtschule in Österreich hat der Wiener Jugendforscher Philipp Ikrath eine kritische Haltung vieler Jugendlichen gegenüber der neuen Schulform ausgemacht. In einem Interview mit

der Zeitung 'Die Presse' sagt er, die Jugendlichen »fürchten um ihre Zukunft, weil sie glauben, dass in der Gesamtschule eine Nivellierung nach unten eintreten wird«. Das Prinzip des Leistungsgedankens werde nach ihrer Mei-

nung im derzeitigen Schulsystem besser umgesetzt.

Längst nicht alle Jugendlichen unterstützten auch den Vorstoß von Österreichs Unterrichtsministerin Claudia Schmied, das Sitzenbleiben in der Oberstufe ab-

zuschaffen. »Ein nicht unerheblicher Teil der Jugendlichen ist ganz stark dafür, das Sitzenbleiben beizubehalten, weil das ihren Vorstellungen von Leistungsprinzip und Konkurrenzdenken entspricht«, so Ikrath.

Stolperchancen II

Der Umgang mit gesellschaftlicher Heterogenität kann nur gelingen, wenn an Schulen auf die kulturelle und sprachliche Vielfalt reagiert wird. Bundesweit gibt es zahlreiche wegweisende Impulse für eine interkulturelle Öffnung von Schule: Einen Einblick bietet die neue Broschüre 'Stolperchancen II' in Gesprächen zwischen Schulleitungen – unter anderem auch der Pestalozzi-Realschule Wattenscheid – und Lehrkräften mit Migrationshintergrund. Vierzehn Beiträge aus verschiedenen

Bundesländern berichten über Chancen und Herausforderungen einer Schule für alle – heute und in der Zukunft.

'Stolperchancen II' ist ein Kooperationsprojekt des Netzwerkes der Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte NRW und des Cornelsen Verlags. Die Broschüre wird kostenlos zum Download zur Verfügung gestellt unter www.cornelsen.de/presse.

'Stolperchancen II' ist Teil einer langfristig angelegten Zusammenarbeit des Netzwerkes der Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte in Nordrhein-West-

falen und des Cornelsen Verlags, die Unterrichts- und Schulentwicklung im Zeichen von Interkulturalität und Sprachförderung beleuchtet und begleitet. Vorgänger von 'Stolperchancen II' ist die Broschüre 'Stolperchancen I', in der Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte aus dem Schulalltag berichten.

Die Broschüre **Stolperchancen II** steht ab sofort zum kostenlosen Download zur Verfügung.



'MINT & SOZIAL for you' will alte Rollen- und Berufsklischees aufbrechen. Das zweiteilige Magazin unterstützt auch Schulen, Unternehmen und andere Einrichtungen bei der Vorbereitung des Girls'Day und den Boys'Day am 14. April.

Berufswahl jenseits von Rollenklischees

Seit Mitte Februar ist das Magazin 'MINT & SOZIAL for you' von planet-beruf.de für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I erhältlich. Das Magazin eignet sich zur Vorbereitung auf den Girls'Day und den Boys'Day am 14. April. Es ist kostenlos in jedem Berufs-Informations-Zentrum (BiZ) verfügbar.

Mädchen sind sozial, Jungen tüfteln. Diese Vorstellung hält sich hartnäckig und bestimmt noch häufig die Berufswahl. Girls'Day und Boys'Day zeigen andere Wege auf: Am 14. April 2011 können Jungen in soziale, Mädchen in MINT- und handwerkliche Berufe hineinschnuppern.

Wir nehmen Ihre Wünsche persönlich

Hypothekenfinanzierungen, Darlehen für Beamte und Akademiker



BANKHAUS DR. MASEL

Bankhaus Dr. Masel AG, Heerstr. 18-20, 14052 Berlin



Informationen im Internet oder persönlich unter Telefon 030 / 300 683 - 0
www.bankhaus-masel.de



Rund 200 Lehrerinnen und Lehrer kamen zum Vertrauenslehrertag ins Düsseldorfer Nikko Hotel. Sie erlebten ein buntes Programm mit vielen Highlights.

Wider die Bildungshysterie

Rund 200 Teilnehmer erlebten beim Vertrauenslehrertag von *Lehrer nrw* im Düsseldorfer Hotel Nikko einige ebenso informative wie unterhaltsame Stunden. Es war der Startschuss für den Personalratswahlkampf – ein beherzter Auftakt mit engagierten Diskussionen und intensiven Gesprächen.

Dass Rainer Michaelis ein Kompliment von Brigitte Balbach bekommt, ist selten. »Sie haben sich tapfer geschlagen«, lobte die *Lehrer nrw*-Vorsitzende den Leiter der Projektgruppe Gemeinschaftsschulen im Schulministerium. Der tourt derzeit landauf, landab durch die Lande, um Werbung für die Gemeinschaftsschu-

le zu machen. Beim Vertrauenslehrertag stellte er die neue Schulform vor, die ab Sommer 2011 als Modellversuch mit vierzehn Schulen an den Start geht. Von den Realschullehrern ertete Michaelis reichlich Wut und Widerspruch.

Scharf kritisierte *Lehrer nrw*-Vorstandsmitglied Ulrich Brambach den Kern der Ge-

meinschaftsschule – das längere gemeinsame Lernen. »Das klappt schon in der Grundschule nicht«, sagte Brambach. Viele Kinder seien damit unterfordert – »und das wollen Sie bis Klasse 7 oder 10 festschreiben.« Marlis Tasser, stellvertretende Vorsitzende des Bezirkspersonalrats Köln, warf Michaelis vor, unerfüllbare Erwartungshaltungen zu schüren. Den Eltern suggeriere das MSW das Abitur für alle, und den Kommunen werde versprochen, dass jede Gemeinde ihre Schule behalten kann. »Diese Verdummung ärgert mich«, so Tasser.

»Experimente auf Kosten unserer Kinder«

Marianne Herrmann, Vorsitzende des Bezirkspersonalrats Düsseldorf, sprach von »Experimenten auf Kosten unserer Kinder«. Angesichts der Tatsache, dass die Gemeinschaftsschulen größtenteils aus Hauptschulen oder mit Hauptschulbeteiligung erwachsen, sei eine sehr heterogene, schwierige Schülerklientel zu erwarten. Vor diesem Hintergrund seien die beabsichtigten gymnasialen Standards kaum zu erreichen. Deren Kontrolle sei zudem unklar. »Die Gemeinschaftsschule ist der Versuch, die Gesamtschule von hinten einzuführen und das ge-

Genüsslich, fundiert und höchst unterhaltsam nahm Prof. Dr. Rainer Dollase die Argumente der Gemeinschaftsschul-Befürworter auseinander.



Fotos (4x): Smets

gliederte Schulsystem abzuschaffen«, kommentierte eine Vertrauenslehrerin.

Zuvor hatte Michaelis die Hintergründe für die Einführung der Gemeinschaftsschule dargelegt: Zum einen orientierten sich die Eltern zunehmend an höheren Abschlüssen, also dem Abitur. Zum anderen führe der demografische Wandel dazu, dass die Zahl der Grundschulabgänger bis 2025 um zwanzig Prozent einbreche. Damit seien die Hauptschulen und auch viele Realschulen von der Schließung bedroht. Bei einem Festhalten an der Dreigliedrigkeit verlören vor allem Flächengemeinden ihre Schulstandorte.

Hier könne die Gemeinschaftsschule Abhilfe schaffen. Pädagogisches Kernelement ist das längere gemeinsame Lernen – mindestens bis Klasse 7, je nach Konzept auch bis Klasse 10. Dies vermeide eine frühe und falsche Sortierung der Kinder und gleiche soziale Disparitäten aus. Zudem sei das Lernen in homogenen Gruppen nicht erfolgreicher als in heterogenen.

» Dollase zerplückt Gemeinschaftsschule

Den zuvor gehaltenen Vortrag von Prof. Dr. Rainer Dollase erlebte der später eingetroffene Michaelis nicht mit. Das war schade, denn dann hätte er erlebt, wie Dollase seine Argumente mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und hohem Unterhaltungsfaktor quasi vorab auseinandernahm. »Dass nach dem sechsten Schuljahr Selektion leichter gelingt als nach dem vierten, da kann ich als Psychologe nur sagen: Lächerlich«, erklärte Dollase. Eine organisatorische Änderung der Zuordnung von Fünft- und Sechstklässlern beseitige keine sozialen Unterschiede. Und ob längeres gemeinsames Lernen besser ist, »ist nicht belegt, aber eher unwahrscheinlich«. Helmut Stahl, langjähriger Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag, pflichtete aus politischer Sicht bei: »Sie können soziologische Probleme nicht pädagogisch lösen.« In der Schulpolitik gelte: »Vielfalt ist Trumpf«, betonte Stahl mit Blick auf das jüngst beschlossene Bildungskonzept der CDU NRW.

Die von Stahl propagierte Weiterentwicklung des gegliederten Schulsystems unterstützt auch Dollase. Wichtig sei nämlich, dass im gegliederten Schulsystem auch auf niedrigerem Niveau Erfolgserlebnisse möglich seien. Die Bildungsforscher Baumert, Trautwein und Maaz hätten die Hauptschule daher zurecht als »selbstwertschützende Nische« bezeichnet. Eine Erhöhung der Heterogenität der Schülerschaft sei eine Hypothek auf die Leistungsfähigkeit von Lehrern – erst recht, wenn auch noch Inklusion als Aufgabe hinzukomme. Pädagogischer Realismus statt pädagogische Illusionen sei gefragt.

» Bildungshysterie und Bildungsdünkel

Der Irrglaube, dass nur Abitur und Studium berufliche Perspektiven eröffneten, schüre eine Bildungshysterie, deren Kollateralschaden Bildungsdünkel sei. »Wer ist wichtiger: ein tüchtiger Dachdecker oder ein promovierter Anglist?«, fragte Dollase rhetorisch – und lieferte die Antwort mit Verweis auf ein Promotionsthema an der Universität Saarbrücken gleich mit: »Die Gebärde des Weinens in der mittellenglischen Literatur«.

Jochen Smets

PERSONALRATSWAHLEN

»Sie sind *lehrer nrw* vor Ort!«

lehrer nrw-Vorsitzende Brigitte Balbach und Ulrich Brambach, der das Wahlkampfteam leiten wird, schworen die Teilnehmer des Vertrauenslehrertages inhaltlich und organisatorisch auf die Personalratswahlen ein. Balbach benannte zwei Fehlentwicklungen im System Schule: Die erste ist die stetig steigende Aufgabenbelastung, die nichts mit der Kernaufgabe – Unterricht und Unterrichtsvorbereitung – zu tun hat: »Wir rennen von Konferenz zu Konferenz, von

Dienstbesprechungen zu Arbeitskreisen, zu Absprachen, Teambesprechungen, zu Treffen von Leitungs- und Lenkungsgruppen, kompetenzorientierten Gesprächen und Gruppensitzungen.« Guter Unterricht brauche Zeit.

Die zweite Fehlentwicklung sieht Balbach in einem 'öffentlichkeitswirksamen Aktionismus'. Der ist von oben verordnet und dient der Politik dazu, nach außen das Bild einer ungeheuren Dynamik des Schulsystems zu vermitteln. In den

Schulen erzeugt solcherlei Aktionismus aber nur Hektik und Unzufriedenheit – weil auch hier das Kerngeschäft zu kurz kommt. Ein Ärgernis sei zudem, dass sich die bildungspolitische Diskussion nur noch um Form und Schulstruktur, aber nicht um guten Unterricht und angemessene Rahmenbedingungen dreht. Diese Fehlentwicklungen will *lehrer nrw* – auch und besonders im Personalratswahlkampf – thematisieren und bekämpfen.

Darum rief Brambach die Vertrauenslehrer zu vollem Einsatz auf. Um die Ziele des Verbandes durchzusetzen, sei es wichtig, die Mehrheiten von *lehrer nrw* im Hauptpersonalrat und den Bezirkspersonalräten zu verteidigen. Brambach ist optimistisch, dass das gelingt. Den Grund dafür sah er im Publikum des Vertrauenslehrertages: »Sie sind *lehrer nrw* vor Ort! Sie sind unser größter Pluspunkt für die Kampagne 2012!« jos



Ulrich Brambach
Mehrheiten verteidigen.



Brigitte Balbach
Fehlentwicklungen bekämpfen.

Mit Volldampf in den Wahlkampf

Zweimal im Jahr tagt der Hauptausschuss, das höchste Verbandsgremium. Vor dem Hintergrund der Schulstrukturdebatte und der Vorbereitungen für die Personalratswahl 2012 hat der Ausschuss auf seiner Sitzung am 18. März in Dortmund wichtige Weichenstellungen vorgenommen.



von FRANK GÖRGENS

Im ersten Sitzungsteil stellte der Landesvorstand seine Arbeit der vergangenen Monate vor. *lehrer nrw*-Vorsitzende Brigitte Balbach erläuterte informativ, pointiert und präsent die politischen Entwicklungen der letzten Wochen und Monate. Sie erklärte, dass die nordrhein-westfälische CDU ganz offenkundig eine Linie in der Bildungs- und Schulpolitik wieder gefunden hat. In diesem Zusammenhang informierte Balbach über den Verlauf des CDU-Parteitags in Siegen und verwies darauf, dass das in Siegen vorgelegte CDU-Papier zur Bildungs- und Schulpolitik viele Impulse enthält, die *lehrer nrw* in den Diskussionsprozess einbringen konnte (siehe hierzu auch die Seiten 8 und 13).

Auch mit den anderen Parteien steht *lehrer nrw* in einem intensiven Informations-

und Meinungsaustausch. Weiterhin erläuterte Balbach nochmals ausführlich die Beweggründe für den Ausstieg aus der Bildungskonferenz. Sie informierte darüber, dass diese Entscheidung kontrovers im Vorstand erörtert wurde und dass sie wohl überlegt und einstimmig gefasst wurde. Zusammenfassend wird konstatiert, dass *lehrer nrw* mit anderen Einrichtungen, Parteien und Medien sehr gut vernetzt ist und dass die Präsenz in den Medien deutlich gesteigert werden konnte. Nicht zuletzt ist dies ein Ergebnis der kontinuierlichen Arbeit des Pressesprechers Jochen Smets.

» Der Tarifabschluss

Als Fachmann für den Tarifbereich im Verband stellte der 2. stellvertretende Landesvorsitzende Ulrich Gräler die Eckpunkte und Rahmenbedingungen der kurz zuvor gefassten Tarifeinigung im Land vor. Er erläuterte den Verlauf der Tarifaueinandersetzung und

kommentierte die Zusammenarbeit der Verbände unter dem Dach des dbb-nrw. Ausführliche Informationen zur Tarifeinigung lesen Sie auf Seite 18.

Vorstandsreferent Peter Kaiser stellte die Entwicklung der Mitgliedszahlen des Verbandes vor. Diese Zahlen entwickeln sich erfreulich. Deutlich wurde aber auch, dass die Verjüngung des Verbandes weiter voranzutreiben ist. Dies ist sicherlich eine Aufgabe auch für die Kreisverbände vor Ort. Im zweiten Teil seiner Ausführungen stellte Kaiser den Verbandshaushalt vor. *lehrer nrw* hat eine gesunde finanzielle Basis. Auch um diese zu erhalten, beschloss der Hauptausschuss einige Sparmaßnahmen.

» Wahlkampfteam

Im weiteren Sitzungsverlauf erläuterte Brigitte Balbach die Eckpunkte des im Jahr 2011/2012 anstehenden Personalratswahlkampfes. Es wurde deutlich, dass der Verband in dem anstehenden Wahlkampf erneut vor wegweisenden Fragestellungen steht. *lehrer nrw* möchte sich breit aufstellen und einen intensiven Wahlkampf führen. Zu diesem Zweck schlug Balbach die Gründung eines Wahlkampfteams vor, das die Grundpositionen und -strategien für den anstehenden Wahlkampf entwickeln und in die Fläche tragen wird. Der Hauptausschuss stimmte einstimmig für die Gründung dieses Teams.



Frank Görgens ist Schriftleiter der Verbandszeitschrift *lehrer nrw* des *lehrer nrw* – Verband für den Sekundarbereich. E-Mail: FGorgens@t-online.de

Der Hauptausschuss stellte in Dortmund die Weichen für den Personalratswahlkampf 2011/12.



Foto: Smets



Jedem Kind gerecht werden

Nach breiter innerparteilicher Diskussion hat sich die nordrhein-westfälische CDU bei einem Landesparteitag am 12. März in Siegen neue schulpolitische Leitlinien gegeben. Herausragend ist dabei das Bekenntnis zu einem vielfältigen Schulsystem und zu einer äußeren Differenzierung und dem Erhalt von Bildungsgängen. Lehrer nrw dokumentiert den CDU-Beschluss im folgenden.

Gute Bildungspolitik sorgt dafür, dass alle jungen Menschen mit ihren je besonderen Begabungen wertgeschätzt und gefördert werden. Gute Bildungspolitik lässt sich nicht nur an Bildungsabschlüssen, sondern vor allem an den Lebenschancen junger Menschen nach Verlassen der Schule messen. Kein junger Mensch darf dabei übersehen werden. Dieser Leitsatz entspricht dem christlichen Menschenbild der CDU. Er ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auch ein Gebot der Vernunft. Bildungsgerechtigkeit ist kein Zustand, sondern ein Tun: Es ist die stete Sorge dafür, dass die Begabungen und Talente jedes Kindes sich zu seinem eigenen Besten entfalten. Diese Sorge ist von vielen zu tragen, in erster Linie von den Eltern und Familien. Eine besondere Verantwortung kommt der frühkindlichen Bildung und der Schule zu.

Schulbildung soll dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche die Fähigkeit entwickeln, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Sie soll dazu beitragen, dass junge Menschen

- zu selbstständigen und selbstbewussten Persönlichkeiten heranreifen,
 - verantwortlich am gesellschaftlichen Leben teilhaben können,
 - auf einen ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechenden Beruf vorbereitet werden.
- Schule soll Freude an lebenslanger Bildung und Neugier auf Inhalte wecken. Sie soll Ori-

entierungsmöglichkeiten in einer Welt bieten, die jedem Einzelnen ein hohes Maß an Fähigkeiten abverlangt, auch weil sie immer komplexer wird. Sie soll ein geeignetes Umfeld für die Entwicklung sowohl intellektueller als auch emotionaler, musischer, motorischer, praktischer und sozialer Fähigkeiten sein. Sie soll die religiöse Dimension des Menschen ernst nehmen. Deshalb ist für die CDU Nordrhein-Westfalen der Religionsunterricht selbstverständlicher Bestandteil aller Schulen und Schulformen. Sie darf Bildung nicht auf die berufsorientierte Vermittlung von Wissen und Können beschränken, sondern muss der persönlichkeitsbildenden Rolle von Sinn- und Wertfragen hohes Gewicht beimessen.

Keine wissenschaftliche Studie lässt sich als Beleg heranziehen, dass gemeinsamer Unterricht aller Kinder in derselben Schulform dem Unterricht in einem gegliederten Schulwesen überlegen ist. Bundesländer mit Tendenz zu Einheitsschul-Systemen stehen im Vergleich nicht besser da, sondern nachweislich schlechter. Es ist deshalb ein Irrweg, das gegliederte und schon jetzt durchlässige Schulwesen aufzugeben und schleichend über Schulversuche ein Einheitsschulwesen an seine Stelle treten zu lassen. Für die Zukunft gilt mehr denn je: Vielfalt ist schulpolitisch Trumpf.

Die CDU Nordrhein-Westfalen hält die schulpolitischen Experimente von Rot-Rot-

Grün und die einseitige Bevorzugung der sogenannten Gemeinschaftsschule deshalb für unverantwortlich. Wir sehen zwar in den Gesamtschulen ein Element eines vielfältigen Schulsystems. Einen Weg, der absehbar am Ende auf eine Einheitsschule hinausläuft, werden wir nicht kampfflos mitgehen.

» Ein modernes gegliedertes Schulsystem

Das gegliederte Schulwesen hat sich bewährt, weil es den unterschiedlichen Fähigkeiten und Neigungen der Schülerinnen und Schüler in höchstmöglichem Maße gerecht wird. Deshalb brauchen wir eine äußere Differenzierung des Schulwesens in unterschiedliche Schulformen mit je eigenen Inhalten und Anforderungen und entscheiden uns für ein System unterschiedlicher Bildungsgänge.

Eine Fortentwicklung des bestehenden Systems ist jedoch notwendig. Vielerorts, insbesondere in ländlichen Regionen, bedroht die demografische Entwicklung gewachsene Schulstrukturen in ihrer Existenz. Zudem hat sich die Akzeptanz der verschiedenen Schulformen im Laufe der Zeit unterschiedlich entwickelt. Das betrifft vor allem die Hauptschulen, die trotz hervorragender Arbeit für viele Eltern nicht mehr überall die Schulen der Wahl sind.

Auf die demografische Entwicklung und auf die Akzeptanzprobleme insbesondere von Hauptschulen müssen und wollen wir reagieren. Wir wollen den schulpolitischen Ordnungsrahmen so justieren, dass auch dort, wo aufgrund der Schülerzahlen eigenständige Haupt- und Realschulen nicht mehr nebeneinander bestehen können, möglichst wohnortnah, zum Beispiel in einer Verbund-



schule, ein gegliedertes Schulangebot weiterhin gewährleistet ist. Dabei wird sich die CDU Nordrhein-Westfalen eindeutig und unmissverständlich am Elternwillen orientieren. Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht in funktionierenden modernen Hauptschulen einen idealen Ort der Förderung von Kindern insbesondere mit praktischen Befähigungen. Es gibt keine Notwendigkeit, erfolgreiche Hauptschulen zu schließen.

Eckpunkte eines modernen gegliederten Schulsystems:

- Die vierjährige Grundschule hat sich bewährt. Die CDU hält daran fest.
- Jeder Schüler (unabhängig von der sprachlichen Bezeichnung sind bei sämtlichen Bezeichnungen jeweils in gleicher Weise Frauen und Männer gemeint) in Nordrhein-Westfalen hat einen Anspruch darauf, möglichst wohnortnah den Hauptschulabschluss, die Mittlere Reife (mittlerer Abschluss bzw. Fachoberschulreife), die Fachhochschulreife oder das Abitur (Allgemeine Hochschulreife) erreichen zu können.
- Zur Vorbereitung auf die Mittlere Reife oder das Abitur muss für jeden Schüler ein spezifisches Unterrichtsangebot zur Verfügung stehen, das originär zu dem jeweiligen Abschluss führt oder einen höheren ermöglicht.
- Gymnasium und Realschulen sind leistungsstarke und akzeptierte Schulformen, die zum Abitur bzw. zur mittleren Reife führen. Sie müssen auch bei zurückgehenden Schülerzahlen in einer für die Schüler zumutbaren Entfernung erhalten bleiben. Die Lehrpläne und Raumprogramme für das achtjährige Gymnasium ('G8') müssen an die verkürzte Unterrichtszeit angepasst und fortlaufend überprüft werden. Tendenzen, das Gymnasium auf 'kaltem Wege' zur Gesamtschule zu machen und damit letztlich seinen Niedergang herbeizuführen, werden entschieden abgelehnt. Gymnasium und Realschule sind in der Landesverfassung zu verankern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schulpolitik der einzelnen Bundesländer aufeinander abgestimmt wird. Dazu gehört auch eine bessere Vergleichbarkeit der Bildungsabschlüsse.
- Alle Schulformen sind grundsätzlich gleichberechtigt mit Finanzen und Personal auszustatten.
- Die in den letzten Jahren begonnene Profilierung der Hauptschule als berufsqualifizierende Schule ist weiter zu intensivieren. Durch eine Kooperation zwischen Schulen, ortsansässigen Unternehmen sowie den Städten und Gemeinden soll ausbildungswilligen und -fähigen Schülern eine verbindliche Berufsperspektive eröffnet werden. Hauptschulen können auch in Zukunft als einzügige Schulen fortgeführt werden.
- Grundschulempfehlungen sollen eine Richtschnur für die Entscheidung der Eltern und eine Grundlage für ein vertrauliches Lehrer-Eltern-Gespräch sein; die Wahl der Schulform ist jedoch letztlich Ausdruck des zum Wohl des Kindes wahrgenommenen Elternrechts.
- Die Erweiterung einer Hauptschule (Aufbauschule) um einen Realschulzweig und einer Realschule um einen Hauptschulzweig in der Verbundschule (Aufbaurealschule) sichert ein wohnortnahes Schulangebot. Mit der Möglichkeit der Fortsetzung an gymnasialen Oberstufen sind diese Schulen auf die Mittlere Reife und den Hauptschulabschluss bezogen. Verbundschulen (Aufbaurealschulen) sind über den bestehenden gesetzlichen Rahmen hinaus weiterzuentwickeln. Angesichts der demografischen Entwicklung soll eine Verbundschule künftig auch dann genehmigungsfähig sein, wenn sie nur zweizügig ist. Dies gilt für Städte ebenso wie für den ländlichen Bereich.
- An Grundschulen in Regionen, die vom Schülerrückgang besonders betroffen sind, sollen – falls dies zum Erhalt eines Schulstandorts erforderlich ist – über die bisherige Ausnahmeregelung hinaus Klassen mit fünfzehn Kindern bzw. jahrgangsübergreifenden Lerngruppen geführt werden können. Wir werden Schulträger dabei unterstützen, durch die mit dem Schulgesetz von 2006 ermöglichten Grundschulverbünde das Prinzip 'Kurze Beine – kurze Wege' weiterhin zu verwirklichen.
- Gesamtschulen sind zu genehmigen, wenn gewährleistet ist, dass dem Anspruch von Schülerinnen und Schülern, die Mittlere Reife oder das Abitur an einer Realschule oder einem Gymnasium zu erreichen, möglichst wohnortnah entsprochen werden kann und zusätzlich ein entsprechender Bedarf besteht. Dieser Bedarf muss durch Anmeldezahlen, die mindestens eine Viertzügigkeit sicherstellen, dokumentiert sein.
- Die Weiterbildungskollegs, wie zum Beispiel Abendrealschulen und Abendgymnasien, müssen als wichtige Ergänzung der Bildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen weiter gefördert werden. Sie bieten für viele eine zweite Chance.
- Die CDU Nordrhein-Westfalen will der Dualen Ausbildung eine größere Aufmerksamkeit verleihen. Für uns sind berufliche und akademische Ausbildung gleich wertvoll. Die bestehende Kooperation von Wirtschaft und Schule ist zu intensivieren. Die CDU Nordrhein-Westfalen hält die Berufskollegs für eine wesentliche Säule moderner Bildungspolitik. Sie bieten eine breite Palette beruflicher und allgemeinbildender Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten an und erhöhen dadurch die Durchlässigkeit im vielfältigen Bildungssystem. Die Berufskollegs leisten wesentliche Beiträge zu aufstiegsorientierter Bildung.
- Die Durchlässigkeit der Schulformen muss weiter verbessert werden. Alle Kinder und Jugendlichen müssen unabhängig davon, in welcher Schulform sie ihre Schullaufbahn beginnen, ihren persönlich bestmöglichen Schulabschluss erreichen können. Die dafür notwendigen Übergangskonzepte sollen durch weitere personelle Ausstattung unterstützt werden. Ein Beitrag zur größeren Durchlässigkeit können freiwillige schulformübergreifende Kooperationen und Angebote sein.
- Als oberstes Ziel aller Reformen muss die Verbesserung der Unterrichtsqualität erreicht werden. Den Schulen muss im Sinne der 'selbstständigen/eigenverantwortlichen Schule' die Möglichkeit gegeben werden, den Unterricht so zu verbessern, dass alle Schülerinnen und Schüler bestmöglich qualifiziert werden.
- Zur Wahlfreiheit der Eltern in einer vielfältigen Schullandschaft gehören die Schulen in freier Trägerschaft, für deren Förderung und Unterstützung die CDU Nordrhein-Westfalen sich auch künftig engagieren wird. Die staatliche Förderung ist im bisherigen Umfang zu gewährleisten. Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich klar zum Erhalt der konfessionellen Bekenntnisschulen in Nordrhein-Westfalen. Die beste-

henden Bekenntnisschulen erfahren insbesondere auch bei bekenntnisfremden Eltern große Akzeptanz. Ergänzend setzt sich die CDU Nordrhein-Westfalen dafür ein, neben den bestehenden Bekenntnis- und Gemeinschaftsschulen eine neue Schulart gesetzlich zu verankern: die christlich-ökumenische Bekenntnisschule.

- Die CDU Nordrhein-Westfalen lehnt die Einführung von Grundschulbezirken ebenso wie die Einführung von Schulbezirken für weiterführende Schulen ab.
- Das Übergangsmanagement von der allgemeinbildenden Schule in die Ausbildung oder in das Studium ist zu verbessern, um die derzeit zu hohen Abbrecherquoten in Lehre und Studium zu verringern. Dabei ist insbesondere auf eine enge Vernetzung zwischen Schule und Universitäten zu setzen.
- Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich für die Wiedereinführung von Kopfnoten ein.
- Schulentwicklungspläne der Kommunen müssen über die bereits bestehenden gesetzlichen Regelungen hinaus in einem regionalen Konsens aufgestellt und umgesetzt werden. Regionale Schulentwicklungspläne, wie sie in anderen Planungsverfahren üblich sind, können kommunale Konkurrenzen, die zur Zerstörung einer gewachsenen Schullandschaft führen, verhindern. Den Kommunen muss verstärkt die Möglichkeit gegeben werden, interkommunal tätig zu werden und ggf. gemeinsam eine entsprechende Hauptschule zu organisieren.

» Früher lernen

Zur besseren Verzahnung von Kindergarten und Schule soll das der Schule vorangestellte Kindergartenjahr zu einem 'Begegnungsjahr' werden. Hierfür bedarf es innovativer, brückenbildender Elemente, die in gleichberechtigter und gemeinsamer Verantwortung beider Einrichtungen (Kindergarten und Schule) liegen. Diese sollen in Form von Begegnungsblöcken verbindlich und beitragsfrei allen Kindern zu Gute kommen. Wenn aus der Schnittstelle Kindergarten-Schule eine Verbindungsstelle wird, profitieren nicht nur die Kinder, sondern auch ihre Eltern und der Primarbereich vom Elementarbereich und umgekehrt.

» Individuell fördern in kleineren Klassen

Kleinere Lerngruppen in allen Schulformen sind eine Voraussetzung für bessere Lernergebnisse. Die demografische Entwicklung bietet die Möglichkeit, Lehrer und Erzieher so einzusetzen, dass individuelle Förderung erleichtert wird. So werden die unterschiedlichen Bedürfnisse von leistungsstarken wie von leistungsschwachen Schülern beachtet und differenzierte Fördermöglichkeiten angeboten. Kinder, bei denen erkannt wird, dass sie besondere Begabungen oder gar Hochbegabungen in einem bestimmten Spektrum oder auch auf breiter Linie aufweisen, sollten umfassend gefördert und gefordert werden. Eigenverantwortliche Schulen können hier selbstständige Lösungen finden, müssen aber die landesweiten Standards erfüllen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen fordert, dass in den Grundschulen künftig keine Eingangsklasse mehr als 25 und in den weiterführenden Schulen keine Eingangsklasse mehr als 28 Schülerinnen und Schüler hat. Die durchschnittliche Klassengröße soll in den Grund- und Hauptschulen schrittweise auf 20 und in den Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien auf 24 gesenkt werden. Der Demografiegewinn muss genutzt werden, die Lehrer-Schüler-Relation deutlich zu verbessern.

» Schulsozialarbeit fördern

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, gemeinsam mit den Schulträgern und dem Land die Schulsozialarbeit und die schulpsychologische Beratung für alle Schulformen, auch zur Konzentration der Lehrkräfte auf ihre eigentlichen Aufgaben, weiter auszubauen. Wir wollen die notwendige Kooperation von Schule und Jugendhilfe weiter stärken. Das heute bereits vorhandene bürgerschaftliche Engagement in Schulen ist weiter zu fördern und zu unterstützen.

» Integration fördern

Von besonderer Bedeutung für die Integration von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte und die Förderung von Kindern mit familiär bedingter Bildungsferne ist die vorschulische Bildung. Nordrhein-Westfalen ist unter der CDU-geführten Landesregierung auf

dem Gebiet der Sprachförderung bundesweit zum Vorreiter geworden. Durch die verbindlichen Tests zur Sprachentwicklung der Kinder bereits zwei Jahre vor der Einschulung wird gewährleistet, dass Defizite in der Sprachfähigkeit frühzeitig erkannt und gezielt bis zur Einschulung durch eine verpflichtende Sprachförderung abgebaut werden können. Jedes Kind soll befähigt werden, von Anfang an dem Schulunterricht sicher zu folgen.

Integration kann nur gelingen, wenn die Familien in die Bildungsprozesse ihrer Kinder einbezogen werden. Die unter der CDU-geführten Landesregierung eingeführten über 2.000 Familienzentren haben sich als Orte der Integration bewährt, weil sie, über neue Wege in der Bildungsförderung von Kindern hinaus, deren Eltern ansprechen und vor allem für Familien mit Zuwanderungshintergrund eigene Bildungs- und Beratungsangebote entwickelt haben. Sie sollen weiterentwickelt und ausgebaut werden. Insgesamt wollen wir konsequent daran arbeiten, die Lebens-, Bildungs- und Ausbildungsperspektiven von Kindern und Jugendlichen mit einer Zuwanderungsgeschichte weiter zu verbessern. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird sich für die Anerkennung von Abschlüssen von Schule, Beruf und Universitäten aus den Herkunftsländern einsetzen.

Die Einführung eines regulären islamischen Religionsunterrichts für Jungen und Mädchen – entsprechend dem christlichen Religionsunterricht – durch in Deutschland ausgebildete Lehrkräfte, unter deutscher Schulaufsicht und in deutscher Sprache, bleibt für die nordrhein-westfälische CDU trotz aller Umsetzungsschwierigkeiten ein erklärtes Ziel.

» Unterrichtsversorgung sicherstellen

Der Unterrichtsausfall ist durch die Verbesserung der Lehrerversorgung und ein weiteres Bündel von Maßnahmen unter der CDU-geführten Landesregierung praktisch halbiert worden. Allerdings wäre dies ohne den gesteigerten Einsatz unserer Lehrkräfte nicht möglich gewesen. Die CDU Nordrhein-Westfalen hält es im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen für unabdingbar, auch künftig alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Ausfall von Unterricht an unseren Schulen zu verhindern.



» Ganztagsangebot bedarfsgerecht ausbauen

Die CDU Nordrhein-Westfalen strebt eine flexible Weiterentwicklung der 2005 eingeleiteten erfolgreichen Offensive zum bedarfsgerechten Ausbau des Ganztags an Grundschulen und weiterführenden Schulen an. Die offenen Ganztagsgrundschulen müssen zu gebundenen Ganztagsgrundschulen weiterentwickelt werden. Dabei müssen Elternwünsche sowie örtliche Bedingungen berücksichtigt werden. Eine Bevorzugung einzelner Schulformen darf es nicht geben.

Neben reinen Ganztagsgrundschulen sollen Schulen Ganztagszüge ergänzend zu Halbtagszügen anbieten können. Selbstverständlich soll es auch weiterhin das Angebot von Halbtagsgrundschulen geben, damit Eltern eine echte Wahlfreiheit haben. Bei Ganztagsgrundschulen muss allerdings in ausreichender Weise Rücksicht auf nachmittägliche kirchliche Angebote genommen werden.

Die von der CDU-geführten Landesregierung eingerichtete Pädagogische Mittagsbetreuung soll als flexibles Instrument durch Erhöhung der Mittel weiter ausgebaut werden.

Die freien Angebote der Jugendhilfe, der Kirchen, der kulturellen Bildung und des Sports sind wesentlich für die kognitive, emotionale, motorische und soziale Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen. Sie sollen in die Gestaltung des Ganztags auch in Zukunft einbezogen werden, neben dem offenen Ganztag der Grundschulen nunmehr auch verstärkt im Ganztag der weiterführenden Schulen.

» Inklusion fördern – Elternwünsche berücksichtigen

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist der Überzeugung, dass das Wohl der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung der Maßstab für die richtige Wahl der Schule sein muss. Daher müssen Eltern nach individueller Beratung in die Lage versetzt werden zu entscheiden, wo ihr Kind mit Behinderung am besten gefördert wird, in einer Regelschule oder in einer Förderschule. Die CDU Nordrhein-Westfalen würdigt die in unserem Land einzigartigen, gewachsenen Förderschulsysteme.

In Nordrhein-Westfalen sollen deshalb die Eltern jedes Kindes, das sonderpädagogische Förderung benötigt, ein Wahlrecht auf den

Besuch einer Förderschule oder einer Regelschule in zumutbarer Nähe haben. Die den Schulträgern entstehenden Mehrkosten werden durch das Land ausgeglichen. Die Förderschule wird zu einer Angebotsschule fortentwickelt. Die mit dem Schulgesetz von 2006 ermöglichten Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung sollen zu einem Motor in dem Prozess der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen werden.

Wir werden alle Anstrengungen verstärken, um hierzu befähigten Jugendlichen mit Behinderungen auch eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen.

» Optimale Qualifizierung für Lehrer – gerechte Bezahlung und hohe Anerkennung

Grundlage für guten Unterricht, gleich an welcher Schule, sind gut ausgebildete, regelmäßig fortgebildete und motivierte Lehrer. Wir setzen uns dafür ein, dass der Lehrerberuf attraktiver und ihm die gebührende gesellschaftliche Anerkennung zuteil wird.

Eine besondere Aufgabe der nächsten Jahre ist die Umsetzung der von der CDU-geführten Landesregierung auf den Weg gebrachten Reform der Lehrerbildung. Sie gilt bundesweit als vorbildlich. Die neue Lehrerbildung legt wesentlich mehr Wert auf die Unterrichtspraxis und wird zur Folge haben, dass fachliche, methodische und pädagogische Forderungen und Kompetenzen in einem umfassenden Zusammenhang betrachtet werden. Die Lehrerbildung wird insgesamt profilierter und praxisnäher; alle Lehrämter erhalten durch die künftig gleich lange Ausbildung die gleiche Bedeutung. Dies und eine gerechte Bezahlung müssen sich auch im Rahmen einer Dienstrechtsreform widerspiegeln. Weiterhin gilt, dass besonders Lehramtsstudierende mit Migrationshintergrund zu fördern sind.

Die CDU Nordrhein-Westfalen hält es für erforderlich, dass die in der Lehrerbildung erworbenen Kompetenzen durch exzellente Weiterbildungsangebote und durch eine Pflicht zur regelmäßigen Fortbildung stetig ausgebaut und vertieft werden. Vertretungen sollen dabei den normalen Unterricht weiter gewährleisten. Im Bereich der Fortbildung ist eine Vernetzung mit vielfältigen Fortbildungs-

trägern, von der betrieblichen Praxis über die Zentren für schulpraktische Ausbildung bis hin zur Hochschule, erforderlich. Auch wird sich die CDU Nordrhein-Westfalen für eine ortsnahe Bündelung der Kompetenzen in der Schulaufsicht einsetzen.

» Internationalität des Schulsystems voranbringen

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, die Internationalität unseres Bildungssystems weiter voranzutreiben. Wir legen dabei besonderen Wert auf Austausch und Partnerschaften mit unseren europäischen Nachbarn.

Neben den von uns geförderten Europaschulen, wollen wir Internationale Schulen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen zulassen. Wir werden darauf achten, dass die derzeitige Landesregierung nicht wieder zu ihrer Nichtgenehmigungspraxis von vor 2005 zurückkehrt.

Der bilinguale Unterricht ist an unseren Schulen weiter auszubauen. Dafür muss die bundesweit einmalige, 2009 gestartete Initiative zur Gewinnung von ausländischen Lehrkräften für den fremdsprachlichen Unterricht (Lehreranwerbungsprogramm) fortgesetzt werden. Zudem soll besonders in Grenzregionen die Sprache der Nachbarländer angeboten werden.

Wir wollen Schulen intensiv unterstützen, die den gleichzeitigen Erwerb des deutschen Abiturs und vergleichbarer internationaler Abschlüsse ermöglichen.

Zu einer umfassenden Bildung gehört auch interkulturelle Kompetenz. Den Respekt vor anderen Kulturen und das Verständnis füreinander, aber auch die Wertschätzung der eigenen Heimat, können Schüler besonders gut während Schüleraustauschprogrammen oder Auslandsaufenthalten lernen und erfahren.

» Fazit

Die CDU Nordrhein-Westfalen möchte mit ihren neuen schulpolitischen Leitlinien den demografischen Wandel in der Bevölkerung, die gesellschaftlichen Realitäten und den Willen der Eltern aufgreifen und daraus politische Konsequenzen ziehen. Jedem Kind gerecht zu werden ist und bleibt das oberste Prinzip. Wir wollen an allen funktionierenden Schulen und Schulformen festhalten und Wege zu ihrer Weiterentwicklung eröffnen.

Lernstandserhebungen 2011: Die Bilanz

Wie jedes Schuljahr, so wurden auch im Frühjahr 2011 in allen achten Klassen des Landes Lernstandserhebungen durchgeführt. Offensichtlich bewältigen die Schulen diese Aufgabe mittlerweile routiniert. Die Organisation des Verfahrens verläuft reibungslos. Viele Kolleginnen und Kollegen meldeten ihre Eindrücke an die *lehrer nrw*-Geschäftsstelle.



von FRANK GÖRGENS

Aus den eingegangenen Rückmeldungen zu den einzelnen Prüfungsaufgaben ergibt sich folgendes Bild:

» Englisch

Die Prüfungen im Fach Englisch wiesen einen unangemessen hohen Schwierigkeitsgrad auf, insbesondere bei den Hörverstehensübungen, die zum Teil nur einmal dargeboten wurden und undeutlich gesprochen und deshalb von Schülerinnen und Schülern schwer zu verstehen waren.

Die Texte beim Leseverstehen waren so komplex, dass ein größerer Zeitbedarf vonnöten gewesen wäre, insbesondere für Schüler und Schülerinnen, die sich um sorgfältiges Arbeiten bemühen und sich Texte erarbeiten wollen (unterstreichen, markieren etc.) – eine Arbeitsweise, die auf Grund der unangemessen begrenzten Bearbeitungszeit nicht durchführbar war. Das Vokabular (zum Beispiel aus dem Bereich der Tiermedizin) entspricht nicht dem Stoff einer achten Klasse. Beim Leseverstehen waren zum Teil banale Antworten gefragt.

Die zweiten Teile des Hörverstehens und des Leseverstehens aus dem Prüfungsheft B (Englisch für Realschulen) sind komplett identisch mit den gymnasialen Aufgaben aus Prüfungsheft C (Englisch für Gymnasien). Wie ist dies zu interpretieren?

Es besteht weiterhin der Wunsch, dass die Lernstandserhebungen mehr auf den Unter-



Foto: Smets

Die Schülerinnen und Schüler – und ebenso die Lehrerinnen und Lehrer – erledigten die Lernstandserhebungen 2011 routiniert und unaufgeregt.

richt abgestimmt werden und damit Grammatik und Rechtschreibung bei der Bewertung nicht völlig außen vor bleiben.

Das Anforderungsniveau der ZP 10 Englisch der letzten Jahre lag, zumindest was das Hörverstehen anbelangt, deutlich unter dem Anspruchsniveau der Lernstandserhebungen!

» Deutsch

Es bestand ein erheblicher Zeitdruck bei dem Prüfungsteil zum Leseverstehen. Dieser Zeitdruck steht konträr zu den Arbeitsweisen des Faches, wonach die Schülerinnen und Schüler Sorgfalt bei einer Texterarbeitung aufwenden sollen. Sie sollen ihre Texte vorschreiben, überarbeiten und dann sorgfältig übertragen. Das war in der Kürze der Zeit nicht einmal im Ansatz möglich.

Der Auswertungsbogen zur Anfertigung des Textes war recht unübersichtlich und wies für einen relativ kurzen Text sehr viele

Beurteilungskriterien auf. Deshalb haben (viele/einige) Schulen auf den Schreibeil, wie angeboten, verzichtet.

Die Anleitungen zur Korrektur waren nicht eindeutig genug. Den Mitarbeitern des IQB war wohl klar, dass es erhebliche subjektive Spielräume gibt – daher wahrscheinlich auch die Aufforderung zur Kreuzkorrektur.

Unser Wunsch: Das IQB möge zunächst seine Arbeit konkretisieren, damit die Deutsch-Korrekturlehrer dann die ihnen zugewiesene Arbeit kompetent erledigen können.

» Mathematik

Die Kritik, dass Themen- und Aufgabenbereiche, die zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres der achten Klasse im Mathematik-Unterricht noch nicht behandelt sind, zum Gegenstand der Erhebungen gemacht werden, muss auch in diesem Jahr genannt werden. Hier ist es wünschenswert, Prüfungsinhalte viel stärker auf die Struktur der schulinternen Curricula abzustimmen. Das mittlere Anspruchsniveau war bei den Aufgaben relativ schwach besetzt.

Bei der Bewertung gibt es keine Möglichkeit, Streichungen zu kennzeichnen (nur: 'nicht bearbeitet'), was zu einer Verfälschung der Ergebnisse führt. Daneben gibt es keine Möglichkeit, Teilpunkte zu geben, was die Aussage über den Leistungsstand verfälscht. Eine Korrektur, die nur 'komplett richtig' oder 'komplett falsch' als Optionen kennt, ist praxisfremd und mitunter nicht pädagogisch. Das Textverständnis bei der Lösung nimmt einen weitaus größeren Stellenwert ein als die eigentliche mathematische Leistung. Hier ist ein ausgewogeneres Verhältnis anzustreben.

» Zusammenfassend

Die Lernstandserhebung 8 im Jahr 2011 wurde von den Schülerinnen und Schülern und den Kolleginnen und Kollegen routiniert und unaufgeregt erledigt. Ein Beleg für die gute Arbeit, die vor Ort in den Schulen geleistet wird. Dies ist die positive Nachricht und dazu Glückwunsch in die Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen!



Frank Görgens ist Schriftleiter der Verbandszeitschrift *lehrer nrw* – Verband für den Sekundarbereich • E-Mail: FGorgens@t-online.de

Komplizierter Balanceakt

Der Tarifaabschluss 2011 für die Landesbeschäftigten ist unter Dach und Fach. Herausgekommen ist eine moderate Erhöhung. Strittig und ungelöst ist nach wie vor die tarifliche Eingruppierung der Lehrerinnen und Lehrer.

Der dbb Verhandlungsführer Frank Stöhr hat den am 10. März 2011 in Potsdam erzielten Tarifaabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder positiv bewertet: »Uns ist ein komplizierter Balanceakt gelungen, der einerseits der Haushaltslage der Beschäftigten gerecht wird, für die es nach Jahren der Reallohnverluste keine weitere Minusrunde hätte geben dürfen. Andererseits haben wir mit dem Kompromiss auch der angespannten Lage der Länderhaushalte Rechnung getragen. Was wir vereinbart haben, ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch finanzierbar.«

Gewerkschaften und Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) haben sich auf eine Einmalzahlung für die Beschäftigten in Höhe von 360 Euro sowie eine lineare Erhöhung



Gezerre ums Geld

Finanziell können beide Parteien mit dem Ergebnis des Tarifaabschlusses leben. Ein Ärgernis bleibt aber die nach wie vor fehlende Eingruppierungsordnung für Lehrkräfte.

Foto: © Robert Kneschke/Fotolia.com

von 1,5 Prozent zum 1. April 2011 und 1,9 Prozent (plus einem Sockelbetrag von 17 Eu-

ro) ab 1. Januar 2012 geeinigt. Die Straßenwärter und der Küstenschutz erhalten eine Zulage von 25 Euro. Es wurde eine Laufzeit von 24 Monaten bis Ende Dezember 2012 vereinbart. »Ein reales Einkommensplus – das war unser wichtigstes Ziel, und das haben wir erreicht,« so Stöhr weiter. »Dem Straßenwärter, der trotz Schwerstarbeit bei Wind und Wetter mit gerade mal 2.300 Euro nach Hause geht oder der Krankenschwester mit ihren monatlich 2.500 Euro wäre weniger unter dem Strich auch nicht zu vermitteln gewesen.« Jetzt gehe es um die Gleichbehandlung der Beamten in Ländern und Kommunen. Stöhr: »Der materielle Gehalt der Tarifeinigung muss zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich übertragen werden.«

Eine Hypothek bleibt dagegen die tarifliche Eingruppierung der Lehrerinnen und Lehrer. Stöhr: »Wir haben versucht, die Bezahlung nach Gutsherrenart zu beenden. Hier hat sich die TdL keinen Zentimeter bewegt. Wir werden diese Frage also mit Sicherheit bei nächster Gelegenheit wieder auf die Tagesordnung setzen.« **dbb-tarifunion**

NEUE ENTGELTTABELLE FÜR ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE IN NRW

gültig ab 1. April 2011 – unter Vorbehalt –

Nach dem Tarifaabschluss vom 10. März 2011 erhalten angestellte Beschäftigte der Länder eine Einmalzahlung von 360,- Euro und ab dem 1. April 2011 eine Entgelterhöhung um 1,5 Prozent. Zum 1. Januar 2012 erhöht sich das Tabellenentgelt um weitere 1,9 Prozent sowie einen Sockelbetrag von 17,- Euro.

Damit tritt mit Wirkung vom 1. April 2011 folgende Entgelttabelle in Kraft:

Tabellenentgelt:

gültig: 1. April 2011 bis 31. Dezember 2011

(Nach der Lohnerhöhung um 1,5 Prozent zum 1. April 2011; nach Abzug der erneut um 1/10 reduzierten Studienratszulage für die Entgeltgruppen E 9-13 von 43,20 Euro, für E 5-8 um 38,40 Euro.)

Daraus ergibt sich nebenstehende neue Entgelttabelle:

Entgeltgruppe	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
nach	–	1 Jahr	3 Jahren	6 Jahren	10 Jahren	15 Jahren
15 Ü*	4.697,50	5.215,91	5.707,88	6.030,57	6.109,92	–
15	3.729,43	4.136,76	4.290,17	4.835,04	5.247,66	–
14	3.375,01	3.745,30	3.962,19	4.290,17	4.792,72	–
13 Ü	–	3.454,36	3.639,51	3.962,19	4.290,17	4.792,72
13 SR**	3.110,51	3.454,36	3.639,51	3.999,22	4.496,48	–
13	3.067,31	3.411,16	3.596,31	3.956,02	4.453,28	–
12	2.744,62	3.051,43	3.485,21	3.866,09	4.358,06	–
11	2.649,40	2.940,35	3.157,24	3.485,21	3.961,31	–
10	2.548,89	2.834,55	3.051,43	3.268,33	3.680,95	–
9	2.247,36	2.495,98	2.622,95	2.972,09	3.247,17	–
8	2.104,04	2.336,80	2.442,59	2.543,11	2.654,20	2.722,97
7	...	...	...	...	...	...
6	1.929,47	2.141,07	2.246,87	2.352,67	2.421,44	2.495,50
...	...	...	...	...	...	...

* Die Verweildauer in den Stufen 1 bis 4 beträgt abweichend jeweils fünf Jahre

** Lehrer mit Anspruch auf die ehemalige Studienratszulage

KOMMENTAR

Thema verfehlt?

Zwiespältiges Verhandlungsergebnis bei den Tarifverhandlungen

Gewerkschaften und Beobachter der Tarifgespräche des öffentlichen Dienstes der Länder könnten zu dem Eindruck gekommen sein, dass die diesjährigen Entgeltverhandlungen zum Teil am eigentlichen Thema vorbei geführt worden sind. In der Schule hieße das zumeist: Thema verfehlt. Ungenügend!

Denn bei den meisten angestellten Lehrkräften hinterlässt die diesjährige Tarifaufeinander- setzung einen bitteren Nachgeschmack. Seit Jahren drückt der Entgelt-Schuh weniger bei der prozentualen Entgelterhöhung als vielmehr beim Abschluss einer für angestellte Lehrkräfte adäquaten Eingruppierung gemäß ihrer Ausbildung und ihrer Berufstätigkeit. Doch die dafür notwendige neue Eingruppierungsordnung für Lehrkräfte (L-Ego) lässt weiter auf sich warten. *Lehrer nrw* hat wiederholt auf diesen unhaltbaren Zustand hingewiesen und die Arbeitgeber aufgefordert, diesen tarifpolitischen Mangel, der allein auf fehlenden politischen Willen der jeweiligen Entscheidungsträger zurückzuführen ist, zu beheben (7/2009; 8/2009; 2/2010; 3/2010; 5/2010). Doch geschehen ist bislang nichts, wer auch immer regierte (2/2009: »Beim Wahlversprechen ... nur 'versprochen'?«).

Im Übrigen ist das Problem einer fehlenden adäquaten Eingruppierung auch ein ganz spezielles Problem des Landes Nordrhein-Westfalen, wo sich in den vergangenen Jahren sämtliche

politische Parteien des Parlaments, wenn sie in Regierungsverantwortung standen, nicht nur um eine Antwort gedrückt haben, sondern zudem eine deutliche Absenkung der Entgelte gegenüber dem alten BAT umgesetzt haben. In anderen Bundesländern dagegen werden die Lehrkräfte an Realschulen und anderen Schulformen der Sekundarstufe I deutlich besser gestellt.

Lehrer nrw hat sich in der Vergangenheit intensiv an der Diskussion um eine neue Eingruppierungsordnung für Lehrkräfte beteiligt, Vorschläge in die Verhandlungen eingebracht und vertreten, weil uns die missliche Lage von Anfang an sehr bewusst war. Deshalb drängt *Lehrer nrw* auch jetzt auf eine möglichst schnelle Änderung dieses Zustandes. Denn die Stimmung in den Kollegien überschreitet seit Langem mühelos jede noch so hohe Frustrationsschwelle. Enttäuschung, Wut und Motivationsverlust sind die Folge, und zwar von Mal zu Mal mehr.

Auf der anderen Seite übersieht *Lehrer nrw* nicht, dass in der Entgeltverhandlung ein Ergebnis erzielt worden ist, das angesichts der Inflationsrate und der Einkommensverluste aus der Vergangenheit maßvoll, aber entsprechend der angespannten Haushaltslage auch rücksichtsvoll ausgefallen ist. Eben ein echter Kompromiss, der der länderpolitischen Gemengelage geschuldet ist. **Ulrich Gräler**



Gesundheitsschutz der Extraklasse!



EXCELLENT-B – der neue Krankenvoll-Tarif speziell für Beamte mit höchsten Ansprüchen an den Gesundheitsschutz.

Entsprechend den Beihilfevorschriften der jeweiligen Bundesländer bietet dieser erstklassige Beihilfetarif:

- Freie Arztwahl
- Keine Begrenzung auf ärztliche Gebührenordnung
- Psychotherapie und Heilpraktiker
- Brillengläser/Kontaktlinsen ohne Begrenzung
- Topleistungen beim Zahnarzt, auch Inlays und Implantate und vieles mehr!

Wir versichern den Öffentlichen Dienst!

MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe,
 Finkenkolonn 19, 80336 München, verbaende@muenchener-verein.de,
www.muenchener-verein.de, Service-Hotline: 01805/5205513
 (14 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen)



Foto: Smets

Die IHK Bonn/Rhein-Sieg fordert eine vertiefte ökonomische Bildung der Schülerinnen und Schüler. Das ist in vielen Realschulen schon gelebte Praxis – zum Beispiel an der Elisabeth-Selbert-Realschule in Kaarst, die am Modellversuch 'Wirtschaft an Realschulen' teilnimmt.

Sieben Forderungen an das Schulsystem

Die Realschulen des Landes verstehen sich als Schulen, die ihre Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Schulzeit auf das Berufsleben vorbereiten. Ausbildungsfähigkeit ist dabei ein ganz wichtiges Ziel. Insoweit arbeiten die Realschulen abnehmerorientiert. Daher ist *lehrer nrw* an einem Informationsaustausch mit der Arbeitswelt und den potenziellen Arbeitgebern interessiert.



von FRANK GÖRGENS

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg hat sieben Forderungen vorgelegt, damit Schulen ihren Aufgaben nachkommen können. Nach Ansicht der Industrie- und Handelskammer (IHK) müssen diese Maßnahmen durch höhere Investitionen in schulische Bildung begleitet werden. Dies betref-

fe vor allem die finanziellen Ressourcen, Räumlichkeiten sowie die Ausstattung der Schulen. Die Forderungen im Einzelnen:

1. Einheitlichkeit des Schulsystems und Verlässlichkeit politischer Entscheidungen

In dem IHK-Papier wird ausgeführt, dass Schulpolitik eine schlüssige Konzeption braucht und dass verlässliche Perspektiven

geboten werden müssen. »Eine konstante und nachvollziehbare Weiterentwicklung muss an Stelle immer neuer Experimente und zahlreicher Einzelmaßnahmen treten.« Inhalt und Qualität schulischen Unterrichts müssen Vorrang vor Struktur- und Organisationsfragen haben. Eine Einheitlichkeit der Schulstruktur in Deutschland ist zu gewährleisten, um keine zusätzlichen Mobilitätshemmnisse für Eltern und Schüler/innen aufzubauen und um eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse nicht nur für die Unternehmen herzustellen.

2. Schülerinnen und Schüler als Mittelpunkt des Schulsystems

Laut IHK-Papier muss das Schulsystem Durchlässigkeit ermöglichen. Übergänge sollten systematisch begleitet werden. Schülerinnen und Schüler müssen in die Lage versetzt werden, eventuelle Defizite mit starkem Engagement zu beseitigen. Aufnehmende Schulen müssen sich für ihre Schüle-

rinnen und Schüler verantwortlich fühlen. Die Unterrichtsangebote sind so zu gestalten, dass sie den Begabungen und Potenzialen der Schülerinnen und Schüler Rechnung tragen. Dazu bedarf es differenzierter Curricula und Unterrichtsmethoden. Rahmenbedingungen schulischen Unterrichts wie Klassengröße und Lehrerausstattung sind der pädagogischen Aufgabe anzupassen.

3. Sicherstellen der Berufs- bzw. Studienwahlfähigkeit

Hier führt das Papier aus, dass Jugendliche ein Bewusstsein für ihre Talente und Interessen entwickeln sollten. Es sei anzustreben, dass Informationen und Kenntnisse über verschiedene Ausbildungs- und Studienwege erarbeitet werden. Die IHK-Vollversammlung verweist auf die Bedeutung einer guten, praktisch orientierten Berufsorientierung. Im Rahmen der schulischen Berufswahlstärkung der Schülerinnen und Schüler sind akademische und berufliche Bildung als gleichwertige Alternativen der weiteren Bildungslaufbahn darzustellen.

4. Wirtschaftswissen stärken

Die IHK-Vollversammlung fordert eine vertiefte ökonomische Bildung der Schülerinnen und Schüler. »Wirtschaftswissenschaften muss im Unterricht der Sekundarstufen

I und II durch volkswirtschaftlich ausgebildete Lehrer vermittelt werden«, führt das Papier aus.

5. Aussagekräftige Abschlüsse

Die Vertretungen der IHK Rhein-Sieg/Bonn fordern in diesem Zusammenhang, dass Schulabschlüsse auf zentralen Prüfungen basieren und Auskunft geben müssen über das Niveau fachlicher Kompetenzen (insbesondere in den Fächern Deutsch, Mathematik, Sprachen, Naturwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften) sowie sozialer und persönlicher Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler.

6. Schulen in Wettbewerb stellen

Schulen müssen stärker in Wettbewerb gestellt und ihre Leistungen transparent gemacht werden. Die besonderen Rahmenbedingungen einiger Schulen, z.B. ein hoher Anteil an Migranten und Migrantinnen, sind dabei zu berücksichtigen und durch flankierende Maßnahmen auszugleichen. Es müssen klare und messbare Anspruchsniveaus für alle Jahrgänge und Fächer definiert und durchgesetzt werden.

7. Eigenverantwortung der Schulen

Die Organisationseinheit Schule muss ein Selbstverständnis für wirtschaftliches Handeln entwickeln. Dann können Unterneh-

men und Schulen umso erfolgreicher kooperieren. Daher müssen Schulen im Sinne eines dezentralen Ressourcenmanagements über Personal- und Sachkostenbudgets verfügen.

Es ist erfreulich zu lesen, dass *lehrer nrw*-Positionen auch von anderen bildungsinteressierten Einrichtungen geteilt und vertreten werden. Denn *lehrer nrw* teilt nicht nur eine Vielzahl der im IHK-Papier aufgestellten Forderungen, sondern setzt sich seit langer Zeit für deren Umsetzung ein. Exemplarisch genannt seien hier transparente Leistungsanforderungen, Stärkung des ökonomischen Grundwissens der Schülerinnen und Schüler, Berufswahlorientierung der Schulbildung und Stärkung der Selbstständigkeit der Schule. Und dass *lehrer nrw* Experimente in der Schulstruktur nicht schätzt, ist auch hinlänglich bekannt.

Noch größer wäre von Verbandsseite die Freude über die Inhalte dieses Positionspapiers, wenn der Vollversammlung der IHK Bonn/Rhein-Sieg bewusst wäre, dass diese Forderungen an vielen Schulstandorten – und von vielen Realschulen – erfüllt werden.



Frank Görge ist Schriftleiter der Verbandszeitschrift *lehrer nrw* des Verband für den Sekundarbereich - E-Mail: FGorgens@t-online.de

Öffne deine Augen für meine Welt. Werde Pate!

Mithras Info: **040-611 400**
www.plan-deutschland.de

Plan International Deutschland e.V.
Königsplatz 10 • 10119 Berlin • Tel. 030 2032 1000

Organisierte Städte-, Sport- & Erlebnisreisen
Deutschland | Niederlande | Belgien | Tschechien
Erlebnispädagogische Klassenfahrten

fun for you
Büro: Bonn-Gonsdorf

Mozartstraße 14
51643 Gummersbach

Fon 02261/91 26 97
Fax 02261/29400

www.funforyou-stimann.de
funforyou@t-online.de

Beamtendarlehen mit *Best-Preis-Garantie*
Hypotheken- und Beamtendarlehensdarlehen

AK FINANZ

0800 - 1000 500

www.ak-finance.de



Die Schülerfirma 'Vogelfroh' präsentierte bei der Junior-Messe in Remscheid selbst hergestellte Vogelhäuschen.

Vogelhäuschen und Fotodrucke

Mit originellen Ideen gingen bei der Junior-Messe NRW Schülerfirmen an den Start. Das Projekt 'Junior' ist ein Ableger des Instituts der Deutschen Wirtschaft. Es führt Schüler an Wirtschaft und Unternehmertum heran.



von HERIBERT BRABECK

Auf der Junior-Messe NRW in Remscheid am 3. Februar präsentierten sich zwölf Junior-Unternehmen an selbst gestalteten Messeständen und versuchten, ihre Produkte zu verkaufen oder ihre Dienstleistung vorzustellen. Bei dem Projekt 'Junior', das vom Institut der deutschen Wirtschaft Junior gGmbH bundesweit angeboten wird, gründen Schüler für ein Schuljahr eine eigene Schülerfirma. Mehr als 10.000 Jugendliche in Nordrhein-Westfalen haben daran teilgenommen und seit 1995 knapp 800 Junior-Unternehmen gegründet. Die originellsten Ideen der diesjährigen Schülerfirmen waren nun in Remscheid zu sehen.

Auch drei Unternehmen des Projekts Junior Kompakt waren dabei, deren Zielgruppe

jüngere Schüler der Klassen 7 bis 9 sind und das sich für die Umsetzung an Realschulen sehr gut eignet. '2nd handsome' ist ein Second hand-Laden, der auch Fotodrucke anbietet. 'Vogelfroh' stellt Vogelhäuschen her, und 'W 8' produziert 'Individuelle Motivdrucke auf Textilien'. Die Unternehmer konnten sich auf der Messe über Kundschaft freuen, Vogelfroh hatte innerhalb kürzester Zeit seine Nistkästen ausverkauft.

» Zwei Projekttypen

Junior Kompakt knüpft an das erfolgreiche Projekt Junior an, es wird in Nordrhein-Westfalen seit vier Jahren angeboten. Die grundlegenden Leistungen und Abläufe sind identisch mit Junior. Auch bei Junior Kompakt gründen die Schüler ein befristetes Unternehmen und werden hierbei über das ganze Schuljahr durch die Junior-Geschäfts-

stelle betreut. Wesentliche Unterschiede des Programms in Bezug zu Junior liegen im Ablauf und der Buchführung. Gegenüber Junior sieht das Konzept eine Trainingsphase vor, die in besonderem Maße die Bedürfnisse der jüngeren Zielgruppe berücksichtigt. In ihr erwerben die Schüler das nötige Rüstzeug für ihre spätere Unternehmenstätigkeit.

Um die Schüler und Schulpaten – also Lehrer, die das Projekt mit den Schülern gemeinsam durchführen – bei ihrer zukünftigen Unternehmertätigkeit aktiv zu unterstützen, werden 'Unternehmertreffs' durchgeführt. Hier werden an einem Nachmittag für alle Junior Kompakt-Unternehmen in Nordrhein-Westfalen Workshops zu Buchführung, Marketing Unternehmensführung sowie Austauschmöglichkeiten für die betreuende Lehrkraft angeboten.

» Junior-Messe als Plattform

Im Rahmen der Unternehmensphase geht es primär darum, den Schülern Zeit und Raum für ihre Unternehmenstätigkeit zu geben. Highlight dieser Phase ist die Junior-Messe, auf der die Schüler sich mit ihrem Unternehmen an einem Präsentationsstand und mit einer Bühnenpräsentation vorstellen. Nur in reduzierter Form müssen die Unternehmer der Junior-Kompakt Geschäftsstelle Bericht erstatten. Vereinfacht wurden insbesondere die Kapitalbeschaffung, die Buchführung und der abschließende Auflösungsprozess. Deswegen bietet sich dieses Programm auch für alle Realschulen an. Und das Zertifikat, das die Schüler nach erfolgreicher Teilnahme erhalten, bietet Vorteile bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz.

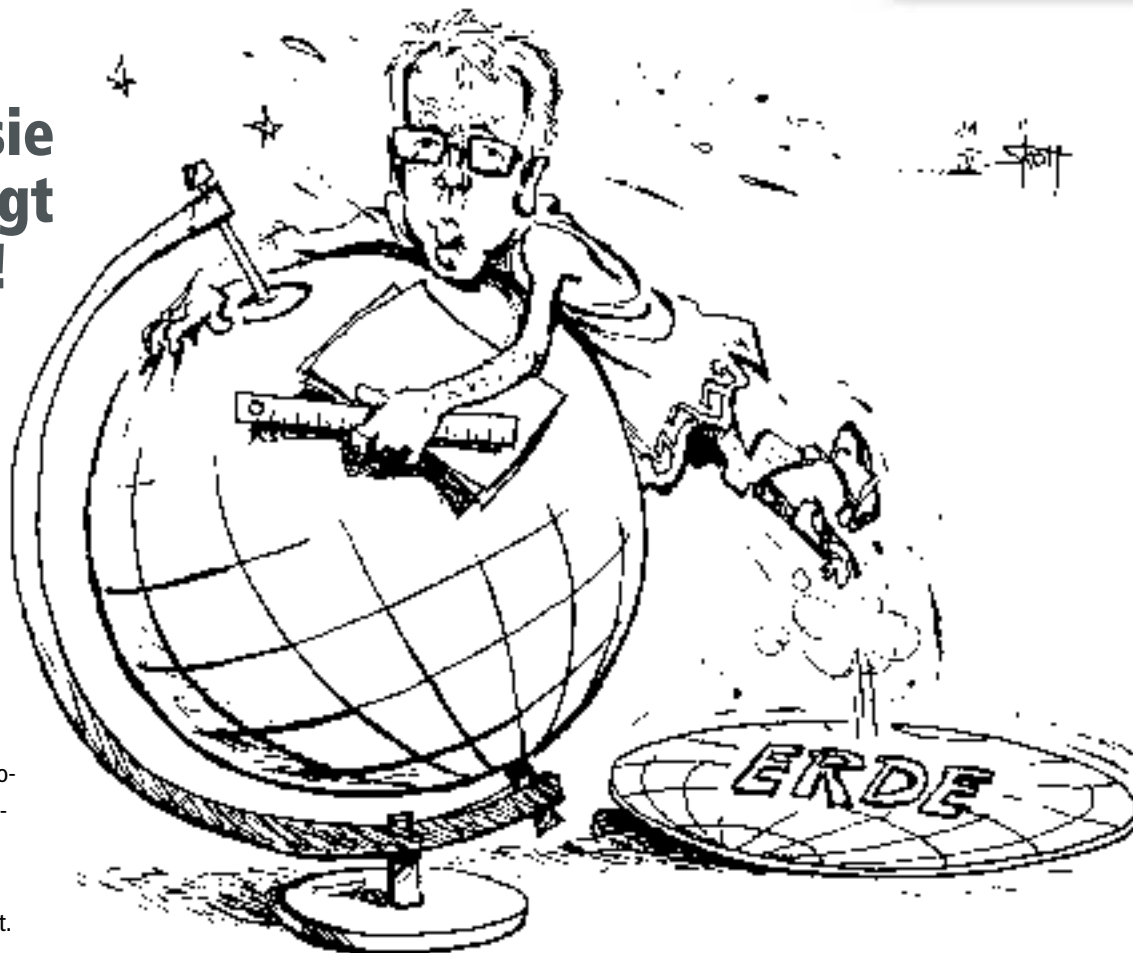
In Nordrhein-Westfalen wird Junior durch das Wirtschaftsministerium und das Bildungswerk der Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft e.V. unterstützt. In diesem Jahr nehmen 39 Junior-Unternehmen und 21 Junior-Kompakt Unternehmen mit fast 900 Schülern an den Projekten der IW Junior gGmbH teil.



Heribert Brabeck ist 1. stellv. Vorsitzender des Lehrers nrw und Mitglied im HPR für Lehrkräfte an Realschulen beim MSW - E-Mail: h.brabeck@grigora.de

Und sie bewegt sich doch!

Und die Erde ist doch keine Scheibe: Nachdem die CDU vor der Landtagswahl im Mai 2010 in Angststarre und danach in Schockstarre verharrte, haben die Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen ihre Schulpolitik entrümpelt und renoviert. Das Ergebnis ist ein ansehnliches Programm, das ein echtes Gegengewicht zu den Einheitsschul-Plänen von Rot-Grün darstellt.



Rücksicht auf Muslime, Christen und Karnevalisten

Na, das ist doch wirklich mal eine kluge, durchdachte und rundum pfiffige Idee. Das SPD-geführte Kultusministerium in Rheinland-Pfalz möchte den Unterricht an den Schulen im Land des Saumagens islamfreundlich gestalten. Wie das gewöhnlich gut unterrichtete Nachrichtenmagazin Focus berichtet, habe das Ministerium ein Schreiben an die Lehrer verteilt. Empfohlen wird da zum Beispiel »die Organisation des Sexualkundeunterrichts in geschlechtshomogenen Gruppen«. Ein weiteres interessantes Angebot: »Sport- und Schwimmunterricht ab der Pubertät nach Geschlechtern getrennt«. Klassenfahrten sollten, so zitiert der Focus weiter aus dem Papier, »möglichst nicht« während des Fastenmonats Ramadan stattfinden. Natürlich wäre es auch wichtig, die Befindlichkeiten von Muslimen bei der Planung von Praktika und Schulfesten gebührend zu berücksichtigen.

»Flexible Lösungen« seien gefragt, wenn während des Ramadan zahlreiche Klassen-

arbeiten anstünden. Denn Fasten könne »zu einer Einschränkung der Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit der Schüler« führen.

Natürlich haben da gleich mal ein paar Krämerseelen gemeckert. Das Papier sei »anti-aufklärerisch und anti-emanzipativ«, wettete zum Beispiel der Philologenverband Rheinland-Pfalz.

Aber eigentlich greift der Vorschlag doch eher zu kurz. Denn wer islamfreundlichen Unterricht propagiert, muss das im Sinne der Gleichbehandlung auch allen anderen Religionsgemeinschaften zugestehen. Wenn also Muslime während des Ramadan keine Klassenarbeiten schreiben, muss das für christliche Schüler selbstverständlich auch während der Fastenzeit gelten. Das macht dann sieben Wochen Fastenzeit plus vier Wochen Ramadan – also elf Wochen klassenarbeitsfreie Zeit. Für die wachsende Glaubensgemeinschaft der Karnevalisten wäre dann – zumindest im Rheinland – na-

türlich die Phase vom Hoppeditzerwachen bis Veilchendienstag möglichst stressfrei zu gestalten. Das sind dann auch nochmal so ungefähr siebzehn Wochen. Plus Ramadan und Fastenzeit wären wir dann bei 28 Wochen.

Hinzuzählen müssen wir dann so etwa zwölf Wochen Ferien, in denen aus naheliegenden Gründen in der Regel ebenfalls keine Klassenarbeiten geschrieben werden. Das macht vierzig Wochen. Aufgrund gesetzlicher Feiertage kommt in Summe nochmal eine Woche hinzu. Eine weitere Woche ist für Klassenfahrten zu reservieren, so dass wir bei 42 Wochen landen. Es bleiben also zehn Wochen für Klassenarbeiten und das, was sonst noch so anfällt zwischen Sexualkundeunterricht in geschlechtshomogenen Gruppen und geschlechtergetrenntem Sport- und Schwimmunterricht für Pubertierende.

Wo ist das Problem?

Jochen Smets

Lehrkräfte müssen Klassenfahrten nicht selbst bezahlen

Das Landesarbeitsgericht Hamm hat mit einem am 2. März 2011 veröffentlichten Urteil vom 3. Februar 2011 (Az. 11 Sa 1852/10) entschieden, dass tarifbeschäftigte Lehrkräfte für die Kosten einer Klassenfahrt auch dann nicht aufkommen müssen, wenn sie zuvor ausdrücklich auf die Erstattung der Reisekosten verzichtet haben. Die Teilnahme an einer Klassenfahrt sei keine Privatangelegenheit des Lehrers.

Die Klägerin unterrichtet an einer Gesamtschule und war im Schuljahr 2008/2009 Klassenlehrerin einer zehnten Klasse. Im August 2007 beantragte sie für ihre Klasse die Genehmigung einer Studienfahrt nach Berlin im September 2008. In dem von ihr unterschriebenen Antragsformular für eine Dienstreisegenehmigung erklärte sie formularmäßig den Verzicht auf die Zahlung von Reisekostenvergütung, da diese durch die für die Schule vorgesehenen Haushaltsmittel nicht mehr gedeckt waren.

» Erstattung: 28,45 Euro

Für die Fahrt, Übernachtung und Verpflegung sowie den Besuch eines Musicals zahlte die Klägerin 234,50 Euro, von denen ihr die Schule 28,45 Euro erstattete. Der Differenzbetrag ist Gegenstand der Klage. Das beklagte Land Nordrhein-Westfalen hat im Wesentlichen eingewandt, die Klägerin habe keinen Anspruch, da sie in dem Formularantrag ausdrücklich auf Reisekostenerstattung verzichtet habe. Das Arbeitsgericht Münster ist dieser Argumentation auch gefolgt und hat die Klage konsequenterweise abgewiesen. Hiergegen richtet sich die Berufung der Klägerin.

Die 11. Kammer des Landesarbeitsgerichts Hamm hat nun klargestellt, dass angestellte Lehrerinnen und Lehrer im nordrhein-westfälischen Schuldienst bei der Durchführung einer genehmigten Klassenfahrt Anspruch auf die Erstattung ihrer Reisekosten nach dem Landesreisekosten-

gesetz NW auch dann haben, wenn zuvor eine Verzichtserklärung abgegeben worden ist. Denn auch wenn § 3 Absatz 8 Landesreisekostengesetz NW grundsätzlich einen schriftlichen Verzicht des Bediensteten auf Reisekostenerstattung zulässt, kann es dem Land wegen unzulässiger Rechtsausübung verwehrt sein, sich auf diese zuvor eingeholte Verzichtserklärung zu berufen.

» Fürsorgepflicht verletzt

Genau dieser Fall liegt nach Auffassung des Landesarbeitsgerichtes Hamm vor, wenn die Verzichtserklärung unter Verletzung der dem Bediensteten geschuldeten Fürsorge erwirkt worden ist. Hier war es so, dass bereits die Genehmigung der Klassenfahrt nach Nr. 3.3 der Wanderrichtlinie davon abhängig gemacht worden ist, dass die Klassenlehrerin im Tarifbeschäftigungsverhältnis schriftlich auf die Zahlung der Reisekosten verzichtet. Da Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer nach § 15 Absatz 6 der Allgemeinen Dienstordnung in besonderer Weise zur Teilnahme an den Fahrten ihrer eigenen Klasse angehalten sind, widerspricht es jedoch der arbeitgeberseitigen Fürsorgepflicht in besonderem Maße, Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer vor die Alternative zu stellen, entweder auf ihre begründeten Reisekostenansprüche zu verzichten oder aber, wenn sie dazu nicht bereit sind, »ihre eigene Klasse im Stich zu lassen«.

Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig. **Michael König**



Foto: VisitBerlin/Wolfgang Scholten

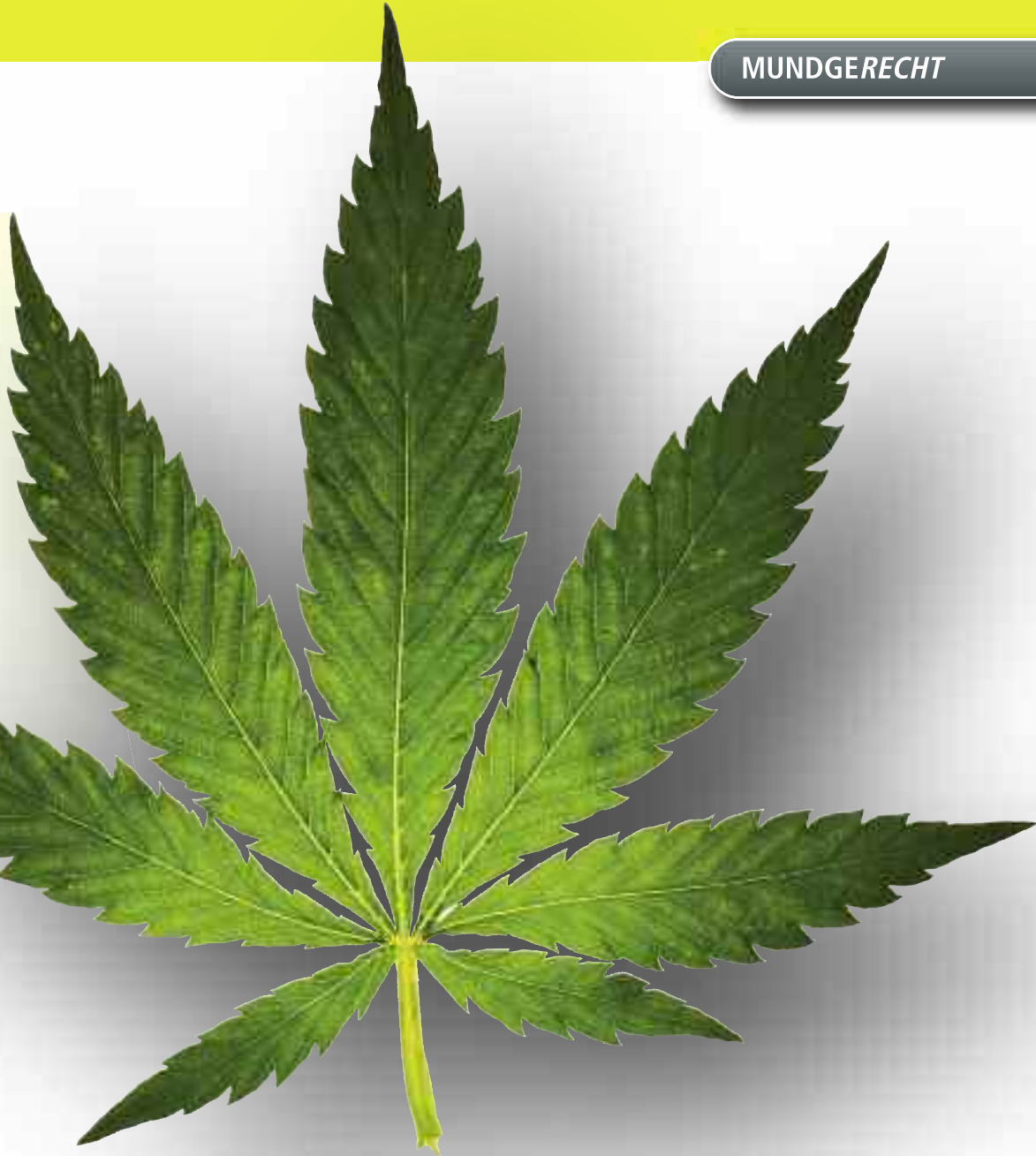
Eine Klassenfahrt nach Berlin

hat eine Lehrkraft 234,50 Euro gekostet. Das Land Nordrhein-Westfalen wollte ihr nur 28,45 Euro erstatten. So geht's nicht, urteilte das Landesarbeitsgericht Hamm.

Cannabis ist unter Jugendlichen zur Volksdroge geworden

Dass sie nur außerhalb von Schulen und Schulhöfen konsumiert wird, darf stark bezweifelt werden.

Foto: © Aleksandr Jermakov/Fotolia.com



Drogen –

(K)ein Problem an Schulen?

Auch wenn es die Mehrzahl der nordrhein-westfälischen Schulleiterinnen und Schulleiter gerne anders darstellt: Die Zahl der Jugendlichen, die Cannabis konsumieren, steigt an. Schon Elfjährige konsumieren Cannabis, das sich, nicht zuletzt aufgrund seines stetig sinkenden Preisniveaus, mittlerweile zur am weitesten verbreiteten Droge in Europa entwickelt hat.

Gesunken ist auch die Altersgrenze beim Konsum legaler Drogen wie Alkohol und Zigaretten: Im Durchschnitt sind Schüler etwa 11,3 Jahre alt, wenn sie zu ihrer ersten Zigarette greifen. Auch Amphetamine erfreuen

sich ungebrochenem Interesse, insbesondere die Partydroge Ecstasy. Die Annahme, dass diese Entwicklung unsere Schulen unbeteiligt lässt, ist deshalb mehr als realitätsfern – der Umgang vieler Lehrkräfte mit Drogenfunden in der Schule ist es manchmal allerdings auch.

» Fachtagung in Trier

Zur Klärung der Fragen, welche möglichen präventiven Ansätze im schulischen Umfeld verfolgt werden können und wie sich Lehrerinnen und Lehrer, Schulsozialarbeiter und Eltern im Kontext mit dem Betäubungsmit-

telrecht verhalten sollten, lädt die Katholische Akademie Trier am Donnerstag, den 5. Mai 2011, zu einem Studientag ein. In Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Dr. Maurer, Leiter der Abteilung Experimentelle und Klinische Toxikologie an der Universität des Saarlandes, sowie Experten aus Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei, können sich Lehrerinnen und Lehrer umfassend über den Stand der aktuellen Entwicklungen informieren.

Michael König

INFO

Die Kosten für den Studientag betragen 25 Euro inklusive des Mittagessens und Kaffeepausen, bei eigener Anreise.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen wenden sich bitte an den Tagungsleiter **Dr. Günter Gehl · Katholische Akademie Trier · Telefon 06 51 / 81 05-2 32.**

Sachsens Lehrerausbildung: Neustart?

Laut einer dpa-Meldung vom 7. Februar sehen sich die sächsischen Grünen in ihrer Kritik an den Regierungsplänen zur Ausbildung für Grund- und Mittelschullehrer bestätigt. »Die Pläne der Staatsregierung sind Murks, die Weiterentwicklung der Lehrerbildung braucht einen Neustart«, lautet das Fazit des hochschulpolitischen Fraktionsprechers Karl-Heinz Gerstenberg. Seine Fraktion hatte am 31. Januar Experten in den Landtag geladen, weil die Regierung Studienzeiten verkürzen und Lehramtsstudiengänge auf einzelne Schularten ausrichten will. Eine Ausbildung nach Altersstufen statt nach Schularten sei die einzige Möglichkeit, auch künftig den Lehrerberdarf für Mittelschulen zu sichern.

Nach den Vorstellungen der Regierung sollten Lehramtsstudiengänge künftig gezielt auf eine spezifische Schulart ausgerichtet sein. Zugleich will der Freistaat von den jetzt noch zwin- genden Bachelor- und Masterstudienabschlüssen ab- rücken. In der Regel soll das Studium – gegliedert in Grund- und Hauptstudium – wieder mit einem Staats- examen abgeschlossen werden. Beabsichtigt ist auch, die Regelstudienzeit für Grund- und Mittelschul- lehrer zu verkürzen.



Foto: © lvdesign/fotolia

In der Schweiz wächst die Skepsis gegenüber der integrativen Schule. Lehrerverbände und Gewerkschaften warnen schon vor einem Kollaps der Schulen. Frust bei den Schülern ist programmiert.

Inklusion: Skepsis in der Schweiz

Daniel Gerny berichtet am 12. Februar für die 'Neue Zürcher Zeitung' unter dem Titel 'Die Grenzen der integrativen Schule werden sichtbar', dass die Schweizer Kantone mit ihren sonderpädagogischen Konzepten unterschiedlich weit sind. Dabei wachse die Skepsis gegenüber der integrativen Schule. Mancherorts erweise sich das Modell als erfolgreich. Doch strapaziere man die Inklusionsbemühungen, verkehre sich das Prinzip in sein Gegenteil.

Lehrerverbände und Gewerkschaften warnen schon vor einem Kollaps der Schulen und drängen auf zusätzliche Stellenprozente, die nötig seien, um den Unterricht in heterogen zusammengesetzten Klassen in der gebotenen Qualität überhaupt erbringen zu können. Das Konzept verfüge über positive Aspekte, stimme aber im Einsatz der Mittel nicht mit der Realität überein. Es sei verfehlt, der

Schule zusätzliche Verantwortung zu übertragen, die zu einer Überlastung der Lehrer und einer Nivellierung nach unten führe.

Inklusion ist aber nicht nur eine Ressourcenfrage. Ihr sind auch andere Grenzen gesetzt. Wenn man zum Beispiel für jedes Kind individuelle Lernziele formuliere, gehe der Gruppenaspekt verloren, und es bestehe die Gefahr einer Stigmatisierung. Indizien dafür, dass solche Effekte infolge der Inklusion möglicherweise tatsächlich stattfinden, ergeben sich aus Zahlen der Berner Gesundheitsdirektion. In Bern nimmt die Zahl der Kinder mit Sonderschul-Status in der Regelklasse massiv zu. Überspitzt formuliert kommt es zu einer Umkehrung des Prinzips: Statt Sonderschüler in die Regelklasse zu integrieren, werden aus Kindern in der Regelschule Sonderschüler.

»Qualität der Realschulbildung im Saarland erhalten!«

In einer gemeinsamen Presseer- klärung vom 20. Februar be- zweifeln der VDR-Bundesvorsit- zende Jürgen Böhm und die VDR- Saar-Landesvorsitzende Inge Rö- ckelein, dass die sogenannte 'Gemeinschaftsschule' im Saar- land den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist. Scharf kritisierten beide die von der 'Ja- maika-Koalition' und unter der

signalisierten Zustimmung der Linken geplante Verfassungsän- derung zur Einführung einer 'Ge- meinschaftsschule' ab 2012. Die- se Entwicklung stelle klar eine Abkehr von den Prinzipien der Qualität, der individuellen Förde- rung und der Leistungsorientie- rung dar. Eine Strukturreform in Zeiten leerer Kassen und noch dazu unter Mithilfe der Linken lö-

se keine der drängenden Fragen in der Bildungspolitik.

Die hervorragenden Entwick- lungen der letzten Jahre, die die Qualität gerade der Erweiterten Realschulen im Saarland stärkten und die Übergänge für die Heran- wachsenden bis hin zur Hochschule erleichterten, würden durch die- se geplanten fraglichen Verände- rungen ad absurdum geführt.

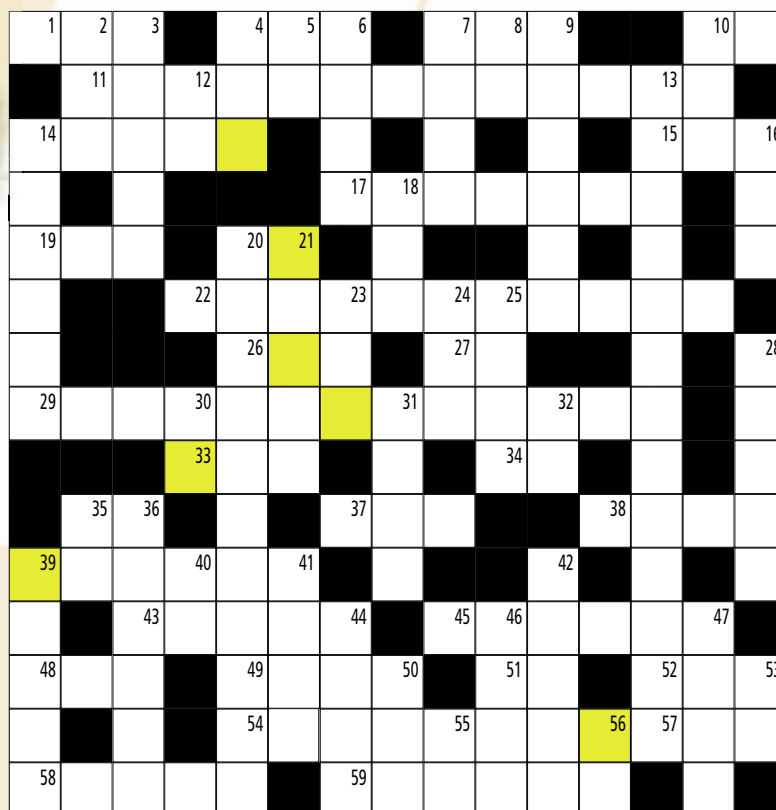
DENK-PAUSE

Waagerecht

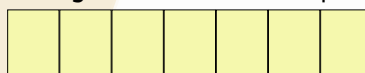
1. Tonbezeichnung
4. Männername
7. Fisch
10. Wenn (engl.)
11. Hummelartige Schmarotzerinsekten
14. Werk Goethes
15. Spitzname v. Eisenhower
17. Finden sich in Kirchen
19. Bete! (lat.)
20. Pferdestärke (Abk.)
22. Lästige Schreiarbeit
26. Machen
27. Vogelprodukt
29. Leichtathletische Disziplin
33. Weise
34. Oder (engl.)
35. Motorschiff (Abk.)
37. Tier in Afrika
38. Zeitabschnitt
39. Göttersage
43. Sehr kalt
45. Unbeschädigt; gesund
48. Garnitur
49. Gewicht der Verpackung
51. Personalpronomen
52. Viehfutter
54. Gleichberechtigt
58. Ruhebett
59. Eilen

Senkrecht

2. Gebirge auf Kreta
3. Schwitzbad
4. Zweig
5. Artikel (frz.)
6. Luftfahrt
7. Daher
8. Faultier
9. Köstlich
10. Tinte (engl.)
12. Organisation im Nationalsozialismus
13. Flüssigkeitsbehälter
14. Tier
16. Lebensbündnis
18. Windschattenseite
20. Vaterunser (lat.)
21. Tempobeschleunigung
23. Österreichischer Fluss
24. Sache (lat.)
25. Vorsilbe. (1000faches)
28. Schauspieler (Roger)
30. Dort
31. Ort im Schwarzwald
32. Flächenmaß
35. Griechischer Buchstabe
36. Ausdauernd
39. Fluss in Deutschland
40. Begrüßungsfloskel
41. Staat in Asien
42. Halm
44. Wiese
46. Lebensmittel
47. Organ
50. Ich (arabisch)
53. Damit (lat.)
55. Vorsilbe
56. Darunter



Lösungswort: Jetzt in allen Köpfen



RÄTSELAUFLÖSUNGEN

Das Lösungswort
des Kreuzwort-
rätsels in
lehrer nrw 2/2010,
Seite 27
lautet:

NEWSLETTER

Der nebenstehen-
den Grafik können
Sie die komplette
Auflösung des
Rätsels entneh-
men.



Lösungswort in einer Spalte

Für Mitglieder des
Verbandes 'lehrer nrw'
kostenfrei

Service- Broschüren

Erfahrene Fachleute des *lehrer nrw*-Verbandes haben für Sie als Mitglied des Verbandes in zwölf aufwendig und übersichtlich gestalteten Broschüren wichtige Fragen des Schulalltages beantwortet. Diese im Schulverbandswesen einzigartige Schriftensammlung ist für Sie als Mitglied **KOSTENFREI**. Unter Angabe Ihrer Mitgliedsnummer sind diese bei dem Verband zu beziehen. Nutzen Sie dazu bitte den unten stehenden Coupon.

Die unterschiedlich umfangreichen Broschüren sind zu folgenden Themenschwerpunkten zu erhalten:

- Dienstliche Beurteilung
- Eine Aufgabe für alle: Gewaltprävention
- Für Beamte & Angestellte: Altersteilzeit
- Beihilfeverordnung (BVO Nordrhein-Westfalen); Beihilfe
- Lehrereinstellung
- Wenn der Storch kommt: Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld
- Einführung in das Versorgungsrecht: Neues Recht – Übergangsrecht – Altes Recht
- Lehrer an Ersatzschulen
- Schwerbehinderung: Leben und Arbeiten mit Nachteilsausgleich
- Teilzeit & Beurlaubung
- Informationen für angestellte Lehrkräfte: Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und Überleitungstarifvertrag (TV-Ü-Länder)
- Praxisratgeber für Lehrerräte (Wahlverfahren, rechtliche Grundlagen)

Bitte ausschneiden und an **lehrer nrw** · Graf-Adolf-Straße 84 · 40210 Düsseldorf senden

Hiermit bestelle ich **KOSTENFREI** die *lehrer nrw*-Service-Broschüre

Name, Vorname

Adresse

Mitgliedsnummer

Ort, Datum

Unterschrift



Dienstliche Beurteilung



Gewaltprävention



Altersteilzeit



Beihilfe



Mutterschutz, Elternzeit, Elterngeld



Lehrereinstellungsverfahren



Einführung in das Versorgungsrecht



Lehrer an Ersatzschulen



Schwerbehinderung



Teilzeit & Beurlaubung



Praxisratgeber für Lehrerräte

